Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk. Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition: Leipzig, Zeitzer Strasse 32, IV., Volkshaus. Telephonruf 7505.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gespaltene Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen vorherige Einsendung des Betrages aufgenommen. „Der Steinarbeiter" ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 2. Sonnabend, den 8. Januar 1910. 14. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Höhere Arbeitsintensität bei kürzerer Arbeitszeit. — Die Höhe der Unfallrente. — Außerordentliche Hauptversammlung des Steinmetzmeisterverbands. — Massenmord deutscher Arbeiter in Brasilien. — Die wirtschaftliche Lage der Granitarbeiter des Fichtelgebirges. — Bekanntmachungen des Zentralvorstands. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressen-Aenderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Die Steinbruch-Industrie in Bayern. I. — Zur Organisationserweiterung. — Zu den schwebenden Verbandsfragen. — Eine Gefährdung des Friedens im Baugewerbe. — Submissionen. — Literarisches. — Feuilleton: Steine und Gesteine. II. — Schillerworte.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

In Heppenheim, Kirschhausen, Sonderbach, Rimbach und **Hemsbach** haben die Granitsteinbruchbesitzer denselben Trick wiederholt wie im Jahre 1908. **Sie haben soeben 150 Steinarbeitern gekündigt, weil unsere Kollegen eine neue Tarifvorlage vorlegten, in welcher kleine Erhöhungen vorgesehen sind.** Die Unternehmerherausforderung wurde von den nicht gekündigten Kollegen damit beantwortet, daß auch sie die Kündigung einreichten. Der schöne Traum der Unternehmer, daß die Hälfte der Verbandsmitglieder Arbeitswilligendienste leisten soll, ist so natürlich zuschanden geworden.

Wie uns bei Redaktionsschluß noch gemeldet wird, wollen die Odenwald-Unternehmer in den verschiedensten deutschen Granitgebieten Arbeitswillige anwerben.

Striebel (Schlesien). Für die fünfzölligen Pflastersteine zahlt die Firma Krause sage und schreibe pro Quadratmeter 90 Pfennig. Die Kollegen haben die Anfertigung dieser Steinsorte verweigert. — Zuzug ist streng fernzuhalten.

Wildemann. Die Pflastersteinbrüche Einersberg und Adlersberg, der Firma Siegheim gehörig, sind gesperrt.

Ebendorf. Wegen Lohnreduzierung ist der Pflastersteinbruch von Friedrich Pfuhl in Barleben gesperrt. Zuzug ist fernzuhalten.

Baumholder. Das Granitwerk Burger ist gesperrt.

Balduinstein a. d. Lahn. Die Firma Guido Krebs ist wegen Maßregelung für Marmorarbeiter gesperrt.

Nach folgenden ausländischen Orten ist der Zuzug fernzuhalten:

Oesterreich. Ossegg, Neuhaus, Neu-Bistritz, Hötzelsdorf, Thumeritz, Wien, Schrems, Mauthausen, St. Georgen, Perg, Schwertberg, Klagenfurt, Setzdorf u. Budapest. — **Plöckling** (Oberösterreich). Die hiesigen Betriebe sind gesperrt. Der Werkführer Zieh will im Bayrischen Walde Steinarbeiter anwerben. Sein Bemühen wird aber nicht von Erfolg sein.

Schweiz. Zürich, Gurtnellen, Chur, Wassen, Teufen, Wienachten.

Höhere Arbeitsintensität bei kürzerer Arbeitszeit.

Die Tage, in denen die ethische Wirtschaftslehre einigen Einfluß auf die Arbeitermassen geübt hat, sind vorüber, nur auf den Universitäten spukt noch das Gespenst der Schmollerschen „Wissenschaft". Soweit diese Schule voraussetzungslos Tatsachen aufdeckte, dienten diese fast immer noch zur Begründung des Gegenteils dessen, was sie beweisen wollte. Auch die als Heft 138 der Schmoller-Seringschen Forschungen herausgegebene Studie Ernst Bernhards über das Verhältnis von Arbeitsintensität und Arbeitszeit, verfällt diesem Schicksal, sie beweist, daß keinesfalls „ethische" Rücksichten die Großindustrie bestimmen, wenn sie sich hier und da zur Verkürzung der Arbeitszeit versteht.

Bernhard führt mit zahlreichen Beispielen den Beweis, daß die Verkürzung der Arbeitszeit im Großbetrieb keine Verminderung des Gesamtproduktes der Tagesarbeit verursache. So wurde in den Zeißwerken im Jahre 1900 die Zahl der Arbeitsstunden bei Akkordarbeitern auf 8 von 9 Stunden herabgesetzt, und obzwar der Geschäftsgang und die Betriebseinschränkung völlig unverändert geblieben war, stieg der Akkordlohn doch von 61,9 auf 71,9 Pfg. pro Akkordstunde, was einem Ueberschuß von 3,7 Prozent des Gesamtlohnes über den durch die Arbeitszeitverkürzung ausgefallenen Lohn gleichkommt. Aehnliche Erfolge zeitigte der Achtstundentag in der Stahlfedernfabrik von Heintze u. Blankert; bei der Verkürzung der Arbeitszeit in der Jalousiefabrik von Freese ergab der Achtstundentag desgleichen keinen Lohnentgang. Die gesetzliche Einschränkung der Arbeitszeit in der Schweiz und in Oesterreich führte laut offiziellen Mitteilungen zu keinen Einbußen in der Produktion, auch dort wurden keine Verluste aufgewiesen, wo die Schweiz mit Staaten konkurrieren mußte, die eine Verkürzung der Arbeitszeit noch nicht durchgeführt hatten. Eine unerwartete Bestätigung der Tatsache, daß die Herabsetzung der Arbeitszeit die Produktion nicht im gleichen Maße vermindere, fanden Fabrikanten, die bewußt durch Verkürzung der Arbeitszeit eine Einschränkung der Produktion anstrebten. „Die Arbeiterinnen", so meldet über einen solchen Fall der Gewerbeinspektor für Liegnitz, „welche im Akkord beschäftigt wurden, leisteten in 8 Stunden ebensoviel, wie bisher in 10 Stunden. Um die Produktionseinschränkung herbeizuführen, sah er (der Fabrikant) sich deshalb veranlaßt, Arbeiterinnen zu kündigen".

Da aber auch Fälle vorkommen, wo der Industrielle die Verkürzung der Arbeitszeit durch Akkordsysteme nicht wettzumachen vermag, wird er das auf dem Wege technisch-organisatorischer Neuerungen versuchen. Eine Untersuchung der Verhältnisse in der Textilindustrie ergibt, daß die Verdichtung des Produktionsprozesses durch möglichste Ausschaltung der Pausen erfolgt, besonders der Pausen, die die Bedienung der Maschine erfordert oder gestattet. Die Verkürzung dieser Pausen wird bei verkürzter Arbeitszeit von den Akkordarbeitern im Verhältnis ihrer Geschicklichkeit betrieben werden, der Fabrikant sucht also durch Spezialisierung der Produktion den absolut kürzeren Arbeitstag mit einer tatsächlich längeren Produktionszeit zu erfüllen. Die Analyse des Maschinenbaues ergibt, daß bei typischer Bohrarbeit auf Stahl die Handarbeit 48,5 Prozent der Gesamtzeit des Produktionsprozesses beansprucht, bei einem Gußstücke beträgt die Zeit für diesen Handarbeitsprozeß 51,3 Prozent der gesamten Produktionszeit. Diese Zeit für die Handarbeit wird je nach der Fähigkeit des Arbeiters produktiver oder weniger produktiv sein — solange die Maschinentechnik hier nicht zwingend und ausgleichend eingreift. Ist dies einmal der Fall, so wird die nominelle Arbeitszeit völlig mit realer Produktionszeit ausgefüllt, indem dem Arbeiter durch eine Beschleunigung des Tempos der Maschinen eine Intensität des Kraftaufwandes zugemutet wird, die er ohne den Zwang der Maschine nie auf nimmer erreichen könnte. In diesem Sinne erklärten z. B. die deutschen Werften, sie könnten einer Verkürzung der Arbeitszeit unmöglich zustimmen, weil ihre Maschinen nicht mehr schneller laufen könnten. Die amerikanischen Schnellbetriebe, die auf weitgehendster Spezialisierung der Arbeit und ausgiebigster Maschineneinrichtung beruhen, sind mit Recht gefürchtet.

Um die toten Zeiten auf ein Minimum herabzudrücken, wird die amerikanische Werkstattpraxis von dem Ideal getragen, alle Bewegung der Arbeitsstücke durch Maschinen ausführen zu lassen. . . . Um den Produktionsgang zu beschleunigen, sind mehrere Werkzeuge zugleich an einem Stück tätig. Das Prinzip, „viele Werkzeuge an einer Maschine", wird durch das „viele Arbeitsstücke an einer Maschine" ergänzt. . . . Alle diese Einrichtungen vermindern die toten Zeiten. . . . Die Produktionsmittel müssen eine bestimmte Höhe technischer Kultur erreicht haben, ehe der Arbeiter imstande ist, seine Leistung bei kürzerer Arbeitszeit zu steigern.

In dem Zeitraume von 1830 bis 1890 weist die englische Textilindustrie einen Zuwachs der Arbeiter um das 3,6fache auf, dem aber ein 8,9facher Zuwachs der Spindeln und ein 9,7facher Zuwachs der Webstühle gegenübersteht, was die Erhöhung der Zahl der zu bedienenden Maschinen klar ergibt. „In amerikanischen Webereien gibt es Leute, die ihre Arbeit in eine Hetzjagd verwandeln. Sie bedienen bis zu 30 und 40 Stühle, indem sie in einem Rennen bleiben." Neben die maschinellen Mittel zur Verdichtung der Produktivität der verkürzten Arbeitszeit treten noch die Mittel der Betriebsordnung, der Wegfall der Frühstücks- und Vesperpausen, ja sogar auch der Mittagspause. England und Amerika haben nur eine einzige Mittagspause, in 14 Prozent der Berliner Betriebe wurde bei einer Arbeitszeit bis zu 9 Stunden nur eine halbstündige Mittagspause eingehalten, das System der englischen Tischzeit verlegt die Mittagsruhe überhaupt ans Ende der Arbeitszeit. Die Produktivität wird schließlich gehoben durch zweckmäßige Organisation der Betriebsordnung.

Bei aller Anerkennung der guten Absichten des Autors muß man fragen, was eine Arbeitszeitverkürzung dem Arbeiter denn nützen soll, wenn er in 8 Stunden mehr Arbeit leisten muß — sei er nun durch die Akkordsysteme oder durch das beschleunigte Tempo der Maschine und den Wegfall der Pausen dazu gezwungen —, als früher in 10 Stunden? „Die intensivere Stunde es zehnstündigen Arbeitstages enthält jetzt soviel, oder mehr Arbeit, d. h. verausgabte Arbeitskraft, als die poröse Stunde des zwölfstündigen Arbeitstages", so schrieb Karl Marx, und auch Abbe mußte feststellen, daß bei der Verdichtung der Leistung auf kürzere Zeit keine Ersparnis an Arbeiterenergie eintritt, nur die Nervenenergie wird gespart, die durch die erzwungene sitzende oder stehende Haltung vor der Maschine und durch den Aufenthalt im staub- und lärmerfüllten Fabrikraum verzehrt wird. Doch auch diese Ersparnis wird aufgezehrt in der über die Verkürzung der Arbeitszeit hinaus erhöhten Produktion des verkürzten Arbeitstages. Wenn also Herr Bernhard den Fabrikanten zuruft, der Achtstundentag bringe ihnen keinen Entgang, ja einen Zuwachs der Produktion und die Ersparnis an Licht, Aufsicht usw., so mag das in kapitalistischen Kreisen als ethisches Moment gelten, die Arbeiter stellen an die „Ethik des Achtstundentages" vor allem die Forderung minderer und keinesfalls erhöhter Ausbeutung ihrer Kräfte. Die teils äußerst verantwortungsvolle, alle geistigen Kräfte anspannende Bediennung der Maschine, teils die völlig interesselose, bis ins kleinste Bruchteil spezialisierte Hilfsarbeit des modernen Industriearbeiters muß bei einer künstlichen Beschleunigung des Arbeitstempos und bei der gewaltsamen Intensivierung der Arbeit trotz kürzerer Arbeitszeit von einem bestimmten Augenblick an Leib und Leben des Arbeiters in höherem Grade gefährden, als weniger intensive, wenn auch etwas längere Arbeitszeit. Ein Achtstundentag aber, der mit Leib und Leben des Arbeiters bezahlt werden soll, hat mit der Forderung der Arbeiter natürlich nichts gemein.

Ob die Forderung des Achtstundentages aus dem guten Willen der Unternehmer heraus Erfüllung finden wird, wenn auch die Intensivierung der Arbeit im verkürzten Arbeitstag die Herstellung des gesamten Arbeitsproduktes des längeren Arbeitstages ermöglicht, bleibt noch zu erörtern. Es ist ohne weiteres klar, daß der kapitalistische Unternehmer auf die Produktion von Tauschwerten aus ist, es ist ihm gleich, welche Gebrauchswerte und wieviel Gebrauchswerte produziert werden. Der Fabrikant will nicht so sehr eine bestimmte Quantität von Waren, sondern eine bestimmte Quantität von Profit produzieren. Nun wird der Tauschwert der Waren, der den Mehrwert, also den Profit, enthält, bestimmt durch die zur Herstellung der Waren gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit. Wird es ermöglicht, durch trefflichere Maschinen die Arbeit so zu intensivieren, daß in kürzerer Zeit mehr Waren erzeugt werden können als früher, so wird sehr bald diese kürzere Zeit als zur Herstellung der betreffenden Waren gesellschaftlich notwendig erscheinen und den Tauschwert des Produktes entsprechend verringern. Mit andern Worten: während ein bestimmtes Arbeitsprodukt bei rückständigerer Technik zum Beispiel 9 Stunden Arbeit zu seiner Herstellung bedurfte und sein Tauschwert demnach auch einem gesellschaftlich notwendigen Arbeitsquantum von 9 Stunden entsprach, wird dieser Tauschwert auf ein Arbeitsquantum von 8 Stunden herabgemindert, wenn die Intensivierung der Arbeit die Herstellung des gleichen Arbeitsproduktes in 8 Stunden allgemein in der großen Industrie ermöglicht. Die raschere Produktionsmöglichkeit der Gebrauchswerte wird also eine Verbilligung der Ware zur Folge haben, die den Unternehmer nur zur weiteren Verlängerung der Arbeitszeit und nicht zu deren Verkürzung anregen wird. „Solchen Anspruch fertigt das Kapital mit Recht als groben Irrtum über die Natur der Lohnarbeit ab. Es zetert über diese Anmaßung, Steuern auf den Fortschritt der Industrie zu legen und erklärt rundweg, daß die Produktivität der Arbeiter den Arbeiter überhaupt nichts angeht." (Marx.) Der gesellschaftliche Charakter der notwendigen Arbeitszeit wird offenbar in der Konkurrenz. Der Konkurrenzkampf bewegt den Unternehmer, alle Errungenschaften der Technik, die eine Intensivierung der Produktion ermöglichen, nicht den sozialen Interessen einer Verkürzung der Arbeitszeit, sondern seinen Privatinteressen dienstbar zu machen, indem er die Waren der verkürzten Produktionszeit entsprechend verbilligt, und so deren Absatz erleichtert. Es würde also, wenn wir den „ethischen" Gefühlen des Unternehmers freie Bahn schaffen wollten, vor allem auch darauf ankommen, daß ein Mittel zur Beseitigung des Zwanges gefunden werde, der heute im Konkurrenzkampf den Unternehmer mit unwiderstehlicher Gewalt drängt, alle technischen Errungenschaften zur Verbilligung der Ware aufzuwenden und seinen Profit nach wie vor in einer Verlängerung der Arbeitszeit zu suchen. Sollen wir Herrn Bernhard dieses Mittel verraten, das einzig geeignet ist, den Vernichter seiner ethischen Träume zu beseitigen? Es heißt Ausschaltung der Konkurrenz und Ausschaltung privater Interessen aus der Produktion durch die Sozialisierung der Produktionsmittel, es heißt: Sozialismus.

Den Faktor „Klassenkampf des Proletariats" hat Herr Bernhard unter den peinlich aufgezählten Faktoren des Achtstundentages unerwähnt gelassen, trotzdem — wie wir zeigten — dieser Faktor und nicht die Intensivierung der Arbeit das Kapital zu Konzessionen auf dem Gebiete der Arbeitszeit bewogen hat und bewegt. Die Intensivierung der Arbeit ist denn auch nicht ein Grund für, sondern die kapitalistische Waffe gegen die Verkürzung der Arbeitszeit, die der Klassenkampf der Arbeiter dem Kapital abgerungen hat. Diese Waffe zu schärfen, war seit jeher die dankbare Aufgabe der Schmollerschen Sozialethik, auch ihr neuestes Werk dient ihr. Das Buch Bernhards zeigt nicht den Weg, der die Arbeiter zum Achtstundentag führt, er zeigt die Mittel, mit deren Hilfe der von den Arbeitern errungene Achtstundentag von hintenherum „unschädlich" gemacht werden kann.

J. St.

Die Höhe der Unfallrente.

Nach erlittenem Unfall taucht in erster Linie die Frage auf, in welcher Höhe die Berufsgenossenschaft Rente zu gewähren hat. Die Rente ist mit dem Beginn der vierzehnten Woche nach dem Unfall zu gewähren. Nur in dem Falle wird die Rente von einem früheren Zeitpunkt ab gewährt, wenn der

Anspruch auf Krankengeld vor Ablauf der dreizehnten Woche weggefallen, bei dem Verletzten jedoch eine über die dreizehnte Woche hinaus andauernde Beschränkung der Erwerbsfähigkeit besteht. Verliert z. B. jemand durch Unfall einen Finger, so erfolgt meistens die Entlassung aus der ärztlichen Behandlung vor Ablauf der dreizehnten Woche. Dieser Verletzte bleibt aber über diese Zeit hinaus geschädigt und der Beginn der Rente hat von dem Tage ab einzutreten, an welchem die Entlassung aus der ärztlichen Behandlung erfolgt. Die Gewährung von Renten auf Lebenszeit ist unzulässig. Ebensowenig kommt eine sogenannte Dauerrente in Betracht.

Rente wird nun nicht in allen Fällen gewährt. Nach der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts entspricht die Gewährung einer Teilrente von weniger als 10 Prozent im allgemeinen nicht der Absicht des Gesetzgebers, da derartige geringfügige Schädigungen, wie sie bei Gewährung einer so kleinen Rente vorausgesetzt werden, als ein wirtschaftlicher Nachteil im Sinne der Unfallversicherungsgesetze nicht gelten könne. Insbesondere bedinge der Verlust einzelner Fingerglieder, ja unter Umständen auch eines ganzen Fingers, oder ähnliche minder bedeutende Folgen von Handverletzungen nicht immer eine meßbare Beschränkung der Erwerbsfähigkeit.

Dem Verdienst, den ein Verletzter nach einem Unfall erzielt, kann zwar für die Bemessung der Rente eine gewisse Bedeutung beigelegt werden, doch ist der Verdienst als solcher nicht ohne weiteres entscheidend. Es soll zwar belanglos sein, wenn ein in seiner Erwerbsfähigkeit offenbar beschränkter Verletzter nach der Heilung bei seinem früheren Arbeitgeber denselben Lohn wie vor dem Unfall erhält; jedoch suchen die Berufsgenossenschaften hieraus entweder durch Gewährung ganz niedriger Renten oder durch gänzliche Ablehnung derselben Vorteile herauszuschlagen. Für die Gewährung der Rente ist es auch nicht ausschlaggebend, wenn ein Verletzter sich vergeblich um Arbeit bemüht; er ist, wenn er keine Arbeit findet, nicht schon deshalb gänzlich erwerbsunfähig. Das bisherige Arbeitsfeld ist für die Abschätzung der Unfallfolgen auch nicht allein maßgebend. Man nimmt hier in der Regel an, daß der Schaden, welcher einem Verletzten durch Unfall zugefügt worden ist, vielmehr in der Einschränkung der Möglichkeit bestehe, **auf dem ganzen wirtschaftlichen Gebiet nach seinen gesamten Kenntnissen und körperlichen wie geistigen Fähigkeiten** Verdienst zu erlangen.

Die Beurteilung der unmittelbaren und mittelbaren Einwirkung der Folgen des Unfalls auf die Erwerbsfähigkeit ist von den Unfallversicherungsinstanzen unter Berücksichtigung der gesamten Sachlage selbständig zu bewirken. Die ärztlichen Gutachten geben hierbei zwar einen bedeutsamen Anhalt, aber **nicht ohne weiteres den Ausschlag.** Weiter halten sich die Berufsgenossenschaften so einigermaßen an die vom Reichsversicherungsamt aufgestellten Grundsätze. Hiernach soll ein Verletzter in der Regel erhalten für:

1. Verlust einer Hand oder des Arms:

rechts 66⅔—75, links 50—70 Prozent. Bei Gebrauchsunfähigkeit der Hand reduzieren sich diese Sätze je nach der Art der Beschränkung. Hier hat das Reichsversicherungsamt für den Verlust der rechten Hand einem Eisenhobler 60, einem Lokomotivführer 75, einer Wäscherin für schwere Verunstaltung und Verstümmlung der Hand 80 Prozent gewährt. Für den Verlust der linken Hand erhielt eine Wäscherin 60, ein Monteur 50, ein minderjähriger Arbeiter (dem eine künstliche Hand mit beweglichen Fingern geliefert worden war) 40 Prozent. — Für den Verlust des rechten Arms erhielt ein Maurer 75, ein Schlosser 70, ein Hilfsschaffner (dem ein künstlicher Arm geliefert worden) nur 66⅔ Prozent. Für den Verlust des linken Arms wurde gewährt: einem Maschinenwärter 75, einem Wagenschieber 66⅔, einem Kreissägearbeiter 60, einem Fabrikarbeiter 50 Prozent.

2. Fingerverletzungen:

Daumen rechts 25, links 20, Zeigefinger rechts 20, links 15, Mittelfinger rechts 15, links 10; für alle übrigen Finger je 10 Prozent mit dem Unterschied, daß für den glatten Verlust des linken Kleinfingers gar keine Rente mehr gewährt wird. Ist nach dem Verlust des vierten Fingers der linken Hand ein guter Faustschluß zu verzeichnen, so lehnen die Berufsgenossenschaften auch hier die Rente ab, ebenso versagt man schon die Rente beim glatten Verlust des rechten Kleinfingers. Das Reichsversicherungsamt mit seiner seit Jahren schwankenden Rechtsprechung hat leider schon mehrfach die Versagung der Rente in vorstehend angedeuteten Fällen bestätigt. Höhere Prozentsätze, als wie die oben angegebenen, werden beim Verlust von Fingern äußerst selten bewilligt. Kommt nur der Verlust einzelner Glieder, also nicht der des ganzen Fingers, in Betracht, dann erniedrigen sich die angegebenen Prozentsätze oder es gibt gar nichts. Für den Verlust des größten Teils des rechten Daumens hat ein Zimmerer 20, für den gänzlichen Verlust des rechten Daumens ein Dreher 25, ein Bergmann auch schon 30 Prozent erhalten. Beim linken Daumen wurde bei einem Schuhmacher 20, bei einem Zimmerer 30 Prozent Schädigung angenommen. Gelähmte oder steife Glieder werden in der Regel als verloren betrachtet.

3. Beinverletzungen:

Verlust des rechten Beins 75—80, des linken 70—75; Amputation des Beins unterhalb des Knies rechts 60, links 50 Prozent. Trotzdem steife und gelähmte Glieder in der Regel als verloren gelten sollen, erhielt ein Schaffner für völlige Steifheit des rechten Beins nur 33⅓ Prozent. Einem Sägearbeiter und einem Bergmann bewilligte das Reichsversicherungsamt beim Verlust des linken Unterschenkels 50, einem Tagelöhner beim Verlust des rechten Unterschenkels auch nur 50 Prozent. Während ein Tagelöhner für den Verlust des rechten Beins 80 Prozent erhielt, sprach man einem Zimmerer nur 70 Prozent zu.

4. Knieverletzungen:

Versteifung des Kniegelenks 30—40, sogenanntes Schlottergelenk 66⅔ Prozent.

5. Fußverletzungen:

Für den Verlust der großen Zehe werden in der Regel 10 bis 15 Prozent gewährt. Kommt eine der übrigen Zehen in Betracht, so gibt es hierfür meistens gar nichts, nur wenn gleichzeitig mehrere Zehen amputiert werden müßten, z. B. die vierte und fünfte Zehe, so gewährt man hierfür ebenfalls zirka 15 Prozent.

6. Augen:

Für den Verlust eines Auges kommen 25—33⅓ Prozent, je nach dem Beruf des Verletzten, in Betracht. Der Verlust beider Augen wird mit 100, die Verringerung der Sehschärfe mit 10 bis 25 Prozent entschädigt. Genau so, wie man beim Verlust von Fingern, ja sogar auch der Arme oder Beine nach Jahren wegen eingetretener „Gewöhnung" eine Kürzung der Rente versucht, nimmt man beim Verlust des Auges nach Jahren ebenfalls Kürzungen vor. Das Reichsversicherungsamt hat hier schon Kürzungen von 33⅓ auf 25 und von 30 bis auf 20 Prozent bestätigt, da die Verletzten sich nach Jahren an den einäugigen Sehakt gewöhnt haben müßten.

Außer den vorstehend aufgeführten Verletzungen kommt noch die Gewährung einer Rente für die durch Unfall eingetretene Schwerhörigkeit in Betracht. Stellt sich das Auftreten eines Leistenbruchs als Betriebsunfall dar, was allerdings nur höchst selten der Fall sein soll, dann ist hierfür auch Rente zu gewähren. Der Leistenbruch ohne Komplikation wird regelmäßig mit 10 Prozent, mit Komplikation von Fall zu Fall entschädigt. Das letztere trifft auch für die Schwerhörigkeit zu. Weiter kommt noch vor: Bruch der Schädelbasis, die in der Regel mit 75 Prozent entschädigt wird. Neurose mit 33⅓, Verletzung der Wirbelsäule 80, Herzvergrößerung 60 Prozent.

Zum Schluß soll nun noch darauf hingewiesen werden, daß die Berufsgenossenschaften innerhalb der ersten zwei Jahre jederzeit eine Aenderung der Rente eintreten lassen können, nach Ablauf der zwei Jahre jedoch alle Jahre nur einmal und nach Ablauf von fünf Jahren können die Berufsgenossenschaften selbständig nichts mehr vornehmen, sondern sie müssen sich dann mit ihrem Antrag an das Schiedsgericht wenden. Mit Hilfe der Vertrauensärzte, die vielfach auch noch gleichzeitig Vertrauensärzte der Schiedsgerichte sind, versuchen die Berufsgenossenschaften bei der ersten sich bietenden Gelegenheit eine Kürzung oder wo irgend angängig, die gänzliche Entziehung der Rente vorzunehmen. Trachten doch die Junker schon danach, Renten bis zu 25 Prozent, die man im preußischen Abgeordnetenhause als „Schnapsrenten" bezeichnet hat, ganz in Wegfall zu bringen. **Aus diesem Grunde haben wir beim Wiedereinbringen der Reichsversicherungsordnung im Reichstage alle Hebel in Bewegung zu setzen, um geplante Verschlechterungen auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung abzuwehren.**

Außerordentliche Hauptversammlung des Steinmetzmeisterverbandes.

Seit Jahren sind die Steinmetzmeister an der Arbeit, ihren Verband zweckentsprechender einzurichten. Die schon vielfach gemachten Vorschläge scheinen nun doch praktische Verwirklichung zu finden. Es wird nämlich auf den 17. Januar 1910 nach Leipzig eine außerordentliche Hauptversammlung einberufen. Wir drucken die Einberufungsorder aus dem „Steinbildhauer" ab, weil sie für unsere Mitglieder sicherlich von Interesse ist. Das Anschreiben lautet:

Das Gebiet des Reiches ist zu groß, um wie bisher von einer Stelle aus die Verbandsangelegenheiten in ihren Einzelheiten zu regeln. Die letzte am 8. Juni 1909 in Frankfurt a. M. abgehaltene Hauptversammlung hat daher die Bildung von Bezirksverbänden für notwendig erklärt und zur weiteren Bearbeitung der Angelegenheit eine Kommission gewählt, welche nach eingehender Beratung beschlossen hat, die Gründung von neun Bezirksverbänden vorzuschlagen, welche sich auf folgende Gebiete erstrecken sollen:

1. Brandenburg, Pommern, Posen, Ostpreußen, Westpreußen;
2. Hamburg, Bremen, Lübeck, Lauenburg, Mecklenburg, Schleswig-Holstein;
3. Schlesien;
4. Hannover, Braunschweig, Lippe, die thüringischen Staaten, Provinz Sachsen und Anhalt;
5. Königreich Sachsen;
6. die Rheinprovinz, die bayrische Rheinpfalz, das Großherzogtum Hessen;
7. Westfalen mit Waldeck, Provinz Hessen-Nassau;
8. Königreich Bayern (östlich vom Rhein).
9. Württemberg mit Hohenzollern, Baden, Elsaß-Lothringen.

Diese Bezirksverbände sollen ihre eigenen Vorstände wählen, **während der Hauptverband die grundsätzliche Einheitlichkeit der Tätigkeit der Bezirksverbände überwachen,** Rat erteilen und die Verbandsinteressen in ihrer Gesamtheit regeln und vertreten soll.

Durch diese Verbandsorganisation soll außerdem die Tätigkeit einzelner Lokal- und Interessenvereinigungen nicht gehindert oder verkümmert, sondern in jeder Weise gefördert und unterstützt werden. Insbesondere soll der Verband bei der Vertretung einzelner Fach- und Interessengruppen auf Einheitlichkeit des Vorgehens gegenüber den Regierungen und Parlamenten hinwirken, die wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder fördern und zur Hebung des Steinbruch- und Steinmetzgewerbes beitragen.

Zur Beschlußfassung über die Vorschläge des Ausschusses wird hierdurch eine außerordentliche Hauptversammlung des Verbandes zum

Montag, den 17. Januar 1910, vormittags 10 Uhr,

nach Leipzig, im Saal des Zoologischen Gartens, Pfaffendorfer Straße 29, einberufen, zu welcher alle Inhaber von Steinbruch- und Steinmetzgeschäften sowie sonstige Steinindustrielle freundlichst eingeladen werden.

Da in dieser Versammlung Beschlüsse gefaßt werden sollen, welche für das Steinbruch- und Steinmetzgewerbe Deutschlands von großer Bedeutung sind, bitten wir, der Sache besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und tatkräftig für die Ausgestaltung unseres Verbandes zu wirken. Wer nicht selbst erscheinen kann, wird gebeten, die Vertretung seinen näheren Kollegen zu übertragen und dafür zu sorgen, daß besondere Wünsche aus seinem Bezirk besprochen werden.

Der von der Hauptversammlung des Verbandes am 8. Juni 1909 in Frankfurt a. M. gewählte Ausschuß zur Neuorganisation des Verbandes besteht aus folgenden Herren:

Regierungsbaumeister Hugo Arnold-Reistenhausen, Rudolf Bastian-Hamburg, O. Bräutigam-Frankfurt a. M., Alb. Burrer-Maulbronn, Jemy Eckart-Rothenburg o. T., Rob. Günther-Leipzig, Hans Hesse-Berlin, Kaiser-Köln, Joh. Kerber-Bühlberg, Kommerzienrat W. Kröner-Kiefersfelden, W. Lüders-Rostock, Heinr. Mensing-Hannover, Georg Michel-Marktbreit, Karl Netzsch-Selb, Karl Paeschke-Breslau, Otto Sasse-Steglitz, Aug. Stuckmann-Langenfeld, Hans Vetter-Eltmann, M. Wandrey-Oberstreit, W. Wattler-Düsseldorf, O. Würdig-Pirna.

Berlin N. 4, Chausseestraße 1, den 1. Januar 1910.

Verband deutscher Steinmetzgeschäfte, Eingetragener Verein.

Der Vorstand:

C. Dittmer-Berlin, 1. Vorsitzender.
L. Schedler-Schwarzenbach, 2. Vorsitzender.
Ed. Stickfel-Berlin, Schatzmeister.

In der Reorganisationskommission sind selbstredend die Unternehmer aus den drei Hauptbranchen: der Sandstein-, Granit- und Marmorindustrie vertreten. Auf das Resultat der Tagung kommen wir noch zurück.

Massenmord deutscher Arbeiter in Brasilien.

In Deutschland treiben sich jetzt Agenten aus Brasilien herum, um für dieses „gelobte" Land Leute anzuwerben. Vor etlichen Monaten ließen sich nun 700 Deutsche für den Bahnbau Madeira-Mamore anwerben. Die Agenten versprachen den Leuten das Blaue vom Himmel herunter. Aber in Wirklichkeit fanden unsre Landsleute die Dinge ganz anders vor. Von den 700 Mann gingen viele zugrunde und kürzlich sind 38 Mann in hilflosem Zustande in Hamburg eingetroffen.

Im August und September 1909 wurden in Hamburg und in andern Städten Arbeiter zum Bahnbau in Brasilien gesucht. Schreiber dieses ließ sich auch verleiten und für den zweiten Transport, der mit dem Dampfer Rugia befördert wurde, anwerben. Am 6. September, nachmittags, mußten wir in den Auswandererhallen sein. Nach Erledigung von verschiedenen Formalitäten wurden wir auch ärztlich „untersucht", und zwar ging der Arzt durch die Reihen der Auswanderer und fragte: „Alles gesund?" „Ja!" Damit war die „Untersuchung" zu Ende. Andern Tags, kurz vor der Einschiffung, wurden wir von dem Inspektor der Auswandererbehörde eindringlich vor dem Klima drüben gewarnt. Hierauf verlas Ingenieur Götze ein Telegramm, das soeben vom deutschen Konsul in Manaos, wie er behauptete, eingetroffen war; es lautete: „Klima für deutsche Arbeiter erträglich, Hospital und Aerzte vorhanden." Auf dieses Telegramm hin erklärten wir dem Herrn Inspektor, daß seine Warnung verspätet sei und daß wir auf Grund des Telegramms entschlossen seien, abzureisen. Wir gingen an Bord und verließen abends den Hamburger Hafen; für viele unsrer Kollegen war das leider ein letzter Abschied. Die Verpflegung an Bord war sehr mangelhaft, wir wurden deshalb des öfteren beim Proviantmeister und auch beim Kapitän vorstellig, jedoch wurde keine merkliche Abhilfe geschaffen.

Am 5. Oktober erreichten wir die Mündung des Madeiraflusses, wo wir auf zwei Flußdampfer umgeschifft wurden. Bei der Ausschiffung war der deutsche Konsul von Manaos zugegen, aber, wie ich gleich erwähnen will, nicht in der Absicht, uns zu warnen.

Auf den ersten Dampfer, die Antonio Olintho, sollten 200 Mann, dafür schien uns der Dampfer zu klein. Unsre Vertrauensleute, die ihn überholten, erklärten, es sei für höchstens 100 Mann Platz vorhanden. Da trat der deutsche Konsul auf und sagte: Auf dem Dampfer sind schon 250 Passagiere zu ihrer vollsten Zufriedenheit befördert worden. Auf unsre Frage, ob auch ein Arzt und Medizin an Bord wäre, erklärte der Herr: Ein Arzt ist allerdings nicht an Bord, aber die Kapitäne dieser Gesellschaft haben ein medizinisches Examen abgelegt, auch ist Medizin in ausreichendem Maße vorhanden. Das erwies sich jedoch als Unwahrheit, als wir später Kranke an Bord hatten und Medizin benötigten. War die Verpflegung auf der Rugia schon sehr mangelhaft, so war sie doch noch gut zu nennen gegen die, die uns auf der Antonio Olintho geboten wurde.

Die Verpflegung bestand aus: morgens Hartbrot und Kaffee, mittags gewöhnlich Salzfleisch und schwarze Bohnen, ab und zu mal frisches Fleisch und Reis, abends wieder Hartbrot und Kaffee. Zum Unglück war das Wasser des Madeiraflusses äußerst seicht, so daß wir mit unsern tiefgehenden Dampfern des öfteren festfuhren, wodurch die Fahrt sich zwölf Tage hinzog, was bei der Enge der Räume und der Tropenhitze und bei dieser schlechten Verpflegung sehr aufreibend war, so daß mehrere Kollegen schon krank in Porto Velho ankamen. Als wir landeten, wurden wir gleich von zehn bis fünfzehn Kollegen vom vorhergehenden Transport gewarnt, ja nicht weiterzugehen, da sie selbst krank und siech von der Strecke zurückgekommen waren und nicht einmal das verdiente Geld erhalten hatten, und da ferner auch oben auf den Kamps die Verpflegung so schlecht sei, daß sie halb verhungert seien.

Wir wurden nachher gleich vom Direktor Randolf mit der Mitteilung empfangen, daß der Kontrakt, den wir in Hamburg mit Ingenieur Jürgens abgeschlossen hatten und der auch seine Unterschrift trug, ungültig sei, weil Jürgens seinen Kontrakt mit der Firma gelöst habe. Also ein Kontraktbruch, wie er brutaler wohl nicht sein kann. Der Direktor schlug uns vor, er wolle in seinem Namen den Kontrakt wieder aufnehmen und wollte uns im Tagelohn beschäftigen, anstatt der garantierten 15 Mk. wollte er 8 Milreis, etwa 10 Mk., bezahlen; anstatt, wie kontraktlich festgelegt, acht Stunden, sollte die tägliche Arbeitszeit aber zehn Stunden betragen.

Es läßt sich wohl denken, daß wir ein solches Ansinnen weit von uns wiesen und forderten, entweder gelten die Arbeitsbedingungen, wie im Kontrakt vorgesehen, oder ihr befördert uns frei wieder zurück, da wir nicht gewillt waren, unter solchen Bedingungen zu arbeiten. Es wurde uns nun bis 10 Uhr Bedenkzeit gegeben. Nach deren Ablauf erklärte der Direktor, keine weiteren Zugeständnisse machen zu können. Wer arbeiten wolle, der solle auf die bereitstehenden Loris klettern und nach Kamp 17 fahren. Es fanden sich wirklich 50 bis 60 Mann unter uns, welche trotz des Kontraktbruchs mitfuhren. Die Zurückbleibenden wurden an dem Tage nicht mehr behelligt. Wir besuchten im Laufe des Tages das Hospital, dort lagen etwa 40 bis 50 Deutsche, es war ein erschütternder Anblick. Abgemagert zum Skelett, hohläugig, viele gar nicht der Sprache mehr mächtig, lagen sie da; alle klagten über schlechte Behandlung und schlechte Verpflegung. Sie litten weniger an Fieber, als an Dysenterie, eine Folge des schlechten Wassers und der ungenügenden Ernährung. Die Sterblichkeit unter ihnen war groß; im Laufe von vier Wochen waren schon über 100 Mann gestorben! Mit Tränen in den Augen nahmen wir Abschied, wir konnten das Elend nicht länger mehr mit ansehen. Nur wenige von denen, die dort lagen, haben später lebend das Hospital verlassen.

Am andern Morgen kam die Shandleß mit 100 Mann von unserm Transport an. Wir riefen unsern Kollegen zu, an Bord zu bleiben und nicht erst an Land zu kommen. Sie sollten den Kapitän zu bestimmen suchen, zurückzufahren, während wir versuchen wollten, mit der Antonio Olintho wegzukommen. Dieser unser Versuch schlug jedoch fehl. Der Kapitän hatte Wind bekommen und als wir hinkamen, warf er von der Brücke los und dampfte den Strom hinaus. Gegen Mittag änderte sich die Situation; wir hatten uns eben im Schatten in die Hängematte hingelegt, um während der größten Hitze zu ruhen. Da kam der Ingenieur Jürgens von der Strecke herunter. Zu seinem Schutz brachte er sich zehn Polizeisoldaten und etwa hundert Mann von St. Antonio mit. Diese waren mit Messern und Winchestergewehren bewaffnet. Ehe wir uns dessen versahen, waren sie zwischen unsern Hängematten und überfielen uns einzeln, um nach Waffen zu suchen; es fiel ihnen auch der größte Teil davon in die Hände, weil die meisten Kollegen ganz ahnungslos schliefen. Nachdem wir so entwaffnet waren, wurden wir zusammengerufen, um mit Jürgens und dem Direktor noch einmal zu verhandeln. Im Laufe der Verhandlung wurden jenem Jürgens, mit dem schon die Kollegen vom ersten Transport so schlechte Erfahrungen gemacht haben, die Worte Lump, Lügner und Betrüger ins Gesicht gesagt, ohne daß er eine Miene verzog. Der Direktor Randolf machte Vorschläge, einen immer besser wie den andern, um uns die Sache mundgerecht zu machen.

Diese Vorkommnisse sind in einem ausführlichen Bericht dem Auswärtigen Amt in Berlin zur Kenntnis gebracht worden.

Am andern Morgen versuchte man eine andre Taktik. Es hieß, wer nicht arbeitet, bekommt nichts mehr zu essen. Wir bekamen tatsächlich auch für Geld nichts mehr. Weiter wurde versprochen: Sie brauchen nicht nach der Strecke hinaus, Sie können in St. Velho arbeiten, bleiben Sie 14 Tage hier, dann wird Ihnen Ihr Geld ausbezahlt und nichts abgezogen, dann können Sie nach Manaos fahren. Auf diese Versprechungen hin fingen verschiedene Handwerker an zu arbeiten; es wurden ihnen 12 bis 15 Milreis bei freier Station pro Tag versprochen. Mittlerweile kamen auch die Kollegen von der Shandleß an Land. Am Mittag fingen wir mit etwa 150 Mann, der Not gehorchend, an zu arbeiten, damit wir wenigstens so lange etwas zu essen hätten, bis sich Gelegenheit bot, wegzukommen. Gegen Abend wurde der Rest von 60—70 Mann, welche sich überhaupt weigerten, anzufangen, mit Gewalt in den Urwald getrieben, also direkt dem Hungertod preisgegeben.

Nach zwei Tagen wollte man sie allerdings zurückholen; einige kamen auch mit, doch der größte Teil baute sich Flöße und fuhr damit den Strom hinab. Einige Flöße barsten jedoch auseinander, wobei mehrere Kollegen ertranken. Ein Floß mit sieben Mann landete unglücklicherweise im Indianergebiet; alle sieben wurden von den Indianern ermordet. Die Kameraden, die glücklicher fuhren, wurden von den anwohnenden Farmern sehr gastfrei aufgenommen und mit Früchten und Tabak beschenkt. Als wir später mit der Indedepencia herunterkamen, nahm der Kapitän etwa 25 von den Floßschiffern mit nach Manaos.

Im Anfange bekamen wir in Porto Velho gutes Essen, wir aßen in der amerikanischen Küche. Jedoch nach acht Tagen wurde eine deutsche Küche eingerichtet und das Essen wurde von

Tag zu Tag schlechter, so daß man bald nicht mehr davon existieren konnte. Die Kollegen wurden nach und nach krank und lagen auf dem Platze herum. Wir paar Gesunde konnten ihnen auch nicht helfen und der Arzt kümmerte sich wenig darum. Von Tag zu Tag warteten wir auf einen Dampfer, hatten aber auch kein Geld, denn als die 14 Tage um waren und verschiedene Kollegen ihr Geld verlangten, wurden ihnen trotz des Versprechens 61 Milreis für die Ausrüstung abgezogen, so daß sie ebensowenig Geld hatten wie vordem. Am 5. November kam der Dampfer Indedepencia von St. Antonio in Porto Velho an; er nahm mich und 34 andre Kollegen umsonst mit, verschiedene andre hatten bloß 20—30 Milreis bezahlt, trotzdem es 55 Milreis bis Manaos kostete. An Bord waren etwa 100 Deutsche und 50—60 Portugiesen und Spanier. Uns fiel ein Stein vom Herzen, als der Dampfer beidrehte und Porto Velho verließ, ich nahm mir nicht einmal Zeit, mich von meinen Bekannten zu verabschieden. Die Fahrt den Strom hinunter dauerte sieben Tage. Unterwegs aber erkrankten von den Kollegen meist die Hälfte; es starben vier Mann, davon drei Mann im Zeitraum einer Stunde. Der Kapitän tat alles, was in seinen Kräften stand, um den Kranken zu helfen, er gab Milch und Bouillon heraus, doch es half nichts. In Manaos angekommen, hatten wir 25 Schwerkranke. Nachdem der Dampfer an die Brücke gelegt hatte, gingen und krochen die noch einigermaßen Gesunden an Land, den Schreiber dieses und noch einen Kollegen allein zwischen den Kranken zurücklassend. Da der Dampfer die Brücke gleich wieder verlassen mußte, wurden die Kranken auf die Brücke gebracht und blieben hier etwa zwei bis drei Stunden in der Sonne liegen. Mein Kollege und ich konnten ihnen nur etwas Wasser geben, weiter hatten wir selbst nichts.

Der deutsche und der österreichische Konsul, wie auch der Vertreter der M.-M.-Kompanie, waren unten und versprachen, sofort Wagen zu schicken, aber es kamen keine. Es war ein trostloser Anblick, der sich den Passanten bot. Endlich, nach drei Stunden, kam man mit Karren und fuhr die Kranken die Brücke hinauf. Oben angekommen, wurden alle zusammen in einer Reihe aufs Trottoir gelegt, um dann endlich gegen 4 Uhr ins Hospital befördert zu werden. Gegen 5 Uhr gingen wir beide nach dem Hospital, um nach den Kranken zu sehen: da waren sie wenigstens sauber und rein aufgehoben. Im Laufe der fünf Tage, die ich in Manaos war, starben davon 9 Mann.

Wir wollten nun nicht eher von Manaos weggehen, als bis wir Entschädigung und freie Reise bis Hamburg erhielten. Allein von Tag zu Tag mehrten sich die Kranken, so daß sich jeder sagen mußte, die Gesundheit geht hier vor, und je eher man dieses ungesunde Klima verläßt, desto besser ist es. Aus diesem Grunde schifften wir uns, durch Vermittlung des Konsulatverwesers in Rio de Janeiro, Herrn von Bülow, welcher eigens in Manaos anwesend war, an Bord der Rio Negro ein, und verließen am 18. November, 44 Mann stark, den Hafen von Manaos. Trotzdem der Schiffsarzt alle Mann untersucht hatte, wurden auf dem Amazonenstrom schon einige krank. Es mußten in Para drei Mann ins Hospital gebracht werden. Im Verlaufe der Reise starben noch drei Mann, zwei davon wurden nach Seemannsbrauch ins Meer versenkt, während der dritte in Lissabon an Land beerdigt wurde. Am 14. Dezember trafen wir in Hamburg ein. Von den verbleibenden 38 Mann mußten hier 15 Mann ins Tropenkrankenhaus befördert werden, weil ihr Zustand sich so sehr verschlimmert hatte.

Nach Ankunft im Hamburger Hafen sollten wir gleich (es war 1 Uhr nachts) folgendes unterschreiben: „Wir verpflichten uns, die Heimschaffungskosten so schnell wie möglich an das Auswärtige Amt in Berlin zu bezahlen.“ Wir verweigerten die Unterschrift, weil wir der Meinung sind, das Bezahlen kommt der M.-M.-Kompanie zu.

Hoffentlich bedeuten die vorstehenden Zeilen für diejenigen, welche auswandern wollen, eine heilsame Ermahnung.

Die wirtschaftliche Lage der Granitarbeiter des Fichtelgebirges.

Im Fichtelgebirge sitzen die Großindustriellen der Denkmalsbranche. Die Betriebe werden meist mit gutgeschultem kaufmännischen und technischen Personal geleitet. Daß die Steinmetzen und Schleifer in ihrem Fache erprobt sind, ist hinreichend bekannt. Vom Fichtelgebirge aus wurde die Organisationsgründung der Schleifereibesitzer vorgenommen, desgleichen haben sich hier fünf namhafte Werke zu einer Aktiengesellschaft zusammengeschlossen. Man könnte nun meinen, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter müßte eine recht gute sein. Dem ist aber nicht so.

Man braucht ja nur einmal die Tarife vom Jahre 1898, 1902 und den gegenwärtigen, vom Jahre 1907, flüchtig durchzusehen, so findet man keinen großen Preisunterschied. Die Löhne sind trotz gesteigerter Lebensmittelpreise dieselben geblieben wie früher. Allerdings mag es vorkommen, daß einzelne ihren Jahresarbeitsverdienst um einige Mark erhöht haben, aber die Steigerung ist einzig und allein nur auf Kosten der Arbeitskraft erreicht worden. Es wird eben von Montag früh 6 oder 7 Uhr ununterbrochen gearbeitet, um das Notwendige zum Leben zu erringen.

Nach den statistischen Erhebungen schwankt der Stundenlohn seit dem Jahre 1898—1899 in den Orten, die sich seit dieser Zeit regelmäßig an den statistischen Erhebungen beteiligt haben, also Bayreuth, Berneck, Hof, Pilgramsreuth und Schwarzenbach zwischen 20 und 45 Pfg. Dabei scheiden die Orte Hof und Pilgramsreuth aus, da sie nicht mit zur Tarifgemeinschaft gehören. Nun kann man sich schon ein Bild über die Einkommenverhältnisse der Steinarbeiter machen, da der Stundenlohn sich nach dem wirklich verdienten Akkordlohn richtet und folgendermaßen berechnet wird. Die geleisteten Stunden werden summiert und in die gesamte Lohnsumme dividiert. Der darauf entfallende Stundenverdienst gilt als Stundenlohn für den betreffenden Arbeiter. Dabei muß noch berücksichtigt werden, daß die Kollegen noch für die Beschaffung des Werkzeuges, Schleif- und Poliermaterials, sowie für Schärfen des Werkzeugs zu sorgen haben.

Daß unter den gegenwärtigen teueren Lebensverhältnissen bei den Steinarbeitern eine sehr gedrückte Stimmung herrscht, ist nicht zu verwundern. Diese Stimmung wird auch noch dadurch genährt, daß das Gerücht verbreitet wird, als tragen sich die Unternehmer mit dem Gedanken einer Tarifverschlechterung. In welcher Weise diese vorgenommen werden soll, entzieht sich allerdings unsrer Kenntnis.

Nun darf man sich ja nicht etwa der Illusion hingeben, als ob im Fichtelgebirge die Lebensmittelpreise niedriger seien als anderswo. Ebenso steht es mit den Wohnungsverhältnissen. Zwar scheinen die Wohnungspreise im Verhältnis billig zu sein, aber diese Billigkeit wird auch nur erreicht durch die Kleinheit und Unzulänglichkeit der Wohnungen. Der Arbeiter darf für seine Wohnung nicht mehr als vielleicht 100 Mark ausgeben. Der größte Teil der Wohnungen entspricht aber auch nicht im geringsten den hygienischen Anforderungen. Man bedenke nur, daß Familien mit 5—6, sogar 8—9 Köpfen in Wohnungen mit nur zwei Zimmern hausen. Nur wenige Arbeiter können es sich erlauben, Wohnungen mit zwei und drei Zimmern zu mieten, weil die Lohnverhältnisse es nicht zulassen. Dazu kommt noch, daß die meisten Arbeiterfrauen selbst wieder in die Fabrik gehen, um dort zehn Stunden zu schuften. Daß sich dann der Arbeiter, wenn er des Abends nach Feierabend nach Hause kommt, nicht wohl fühlen kann, versteht sich.

Es gilt noch gewaltige Arbeit zu leisten, um auch im Fichtelgebirge menschenwürdige Zustände für die Granitarbeiter zu schaffen. Vor allen Dingen denken wir dabei an die Arbeitszeit. **Seit mehr als einem Jahrzehnt wird im Fichtelgebirge regelmäßig zehn Stunden gearbeitet, und in dringenden Fällen sind die Arbeiter verpflichtet, täglich zwei Ueberstunden zu leisten.** Daß von diesem Rechte die Unternehmer reichlichen Gebrauch machen, ist leicht begreiflich. Schon vom menschlichen Standpunkt aus betrachtet ist es notwendig, die Arbeitszeit zu verkürzen. Aber auch vom hygienischen Standpunkt aus ist es erforderlich, endlich mit der langen Arbeitszeit aufzuräumen, denn auch in der Granitindustrie sind nach den statistischen Erhebungen 70—80 Prozent der Sterbefälle auf Lungen- und Kehlkopfschwindsucht zurückzuführen. Diese verheerende Volksseuche einzudämmen und immer mehr und mehr zurückzudrängen, kann nur erreicht werden, wenn einesteils den Arbeitern die Möglichkeit gegeben wird, sich bessere Wohnungen zu verschaffen, anderenteils aber dadurch, daß die Arbeitszeit auf ein vernünftiges Maß herabgesetzt wird. Es ist leicht möglich, in der Granitindustrie die Bundesratsverordnung durchzuführen, ohne auch nur im geringsten die Leistungsfähigkeit der Industrie zu gefährden.

Auch die Geschirrfrage bedarf einer eingehenden Erörterung. Diese Last muß endlich den Steinarbeitern abgenommen werden.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Vom 4. Quartal 1909 gingen bis 3. Januar folgende Abrechnungen ein:

1. Gau: Brandenburg, Bützow, Frankfurt a. O., Posen.
2. Gau: Alt-Warthau I, Beuthen, Bunzlau, Deutmannsdorf, Hockenau, Jannowitz, Mittelsteine, Naasdorf, Oberpeilau, Strehlen, Wenig-Rackwitz, Ströbel, Plagwitz.
3. Gau: Bautzen, Demitz, Görlitz, Meißen Veni-.
4. Gau: Gera, Löbejün.
5. Gau: Gotha, Jena, Langensalza.
6. Gau: Bremen, Brankenburg, Braunschweig, Halberstadt, Hamburg I, Hannover I und II, Hildesheim, Königslutter, Langelsheim, Lerbach, Lutter, Osterwald, Unsen.
7. Gau: Bochum, Sprockhövel, Trier, Wetzlar.
8. Gau: Alsenz, Dürkheim, Frankfurt a. M., Kirschhausen, Kreuznach, Mannheim, Metz, Neuenstein, Speier.
9. Gau: Crailsheim, Colmar, Derdingen, Leonbronn, Lützenbach, Mülhausen i. E., Sternenfels, Ulm, Radolfzell.
10. Gau: Aunkirchen, Bayreuth, Berneck, Bruckmühl, Büchlberg, Hof, Kaiserhammer, Kalteneck, Kelheim, Kiefersfelden, Marktleuthen, Metten, Neuhaus, Nordendorf, Schwarzenbach, Sparneck, Weißenstadt, Wunsiedel, Zell.
11. Gau: Bürgstadt, Dorfprozelten, Eckardtshausen, Eibelstadt, Großmannsdorf, Grünsfeld, Kützberg, Marktbreit, Miltenberg, Münnerstadt, Ochsenfurt, Randersacker, Ziegelanger.

Die Ortsverwaltungen werden ersucht, die fehlenden Abrechnungen baldigst einzusenden.

*

Die Kollegen allerorts werden ersucht, uns den Aufenthalt des Granitarbeiters Kurt Linke, geb. zu Brandis bei Leipzig am 5. Oktober 1879, Verbandsbuch Nr. 7230, zuletzt in Königsbrück, mitzuteilen. Angeblich soll er im Ausland sein.

Korrespondenzen.

Beucha. In fünf Artikeln nahm unser Verbandsorgan zur Organisationserweiterung Stellung. Diejenigen Kollegen, die in den Granitbrüchen tätig sind, können sich wohl darüber freuen, daß die Redaktion diese Frage in einer so gründlichen Weise behandelt hat. In den Granitbrüchen wimmelt es von Hilfsarbeitern, und mit einer gewissen Schadenfreude stützten sich die **Unternehmer bei Lohnverhandlungen auf diese Arbeiterkategorie.** In der Zeitungsdiskussion wurde schon angedeutet, ach die Hilfsarbeiterfrage ist für den Verband noch kein Allheilmittel. Diejenigen, welche so weise zu sein glauben, mögen dann doch mit „besseren“ Vorschlägen herausrücken. Das Gute wird genommen, ganz gleichgültig, von wem es kommt. Und wenn wir jetzt nicht einmal die Mitgliedsziffern des Jahres 1906 erreicht haben, dann sollen wir doch herzlich froh sein, wenn wir, bei der Organisationserweiterung, etliche Tausend Mitglieder neugewinnen. Ich bin der Meinung, daß die Hilfsarbeiterfrage mit der Erwerbslosenunterstützung gar nichts zu tun hat. Jede Frage muß für sich behandelt werden. Allerdings, diejenigen Arrangeure, die beide Fragen verquicken wollen, würden unbewußt nur das erreichen, daß die Hilfsarbeiterfrage auf die lange Bank geschoben wird. Eine solche Taktik würde den Christlichen nur sehr lieb sein, denn sie haben in einigen Zahlstellen, wo wir die Steinmetzen organisiert haben, die Hilfsarbeiter zu ihren Verbandsmitgliedern gemacht. Und da ist doch zu fragen, ja warum sind die Hilfsarbeiter nicht bei uns eingetreten? Es hapert eben an der Beitragshöhe. Der Fall ist z. B. noch nicht eingetreten, daß in einigen Orten die Steinmetzen bei den Christlichen Mitglieder sind, und daß umgekehrt die ungelernten Arbeiter bei uns organisiert wären. — Sehr recht hat deshalb Daubenthaler, wenn er schreibt, die Schuld liegt an uns selbst, indem wir uns die niedrigen Löhne der Hilfsarbeiter nicht einmal als Agitationsstoff zu eigen machten. Und ich behaupte, daß diese niedrigen Löhne der Hilfsarbeiter nicht ohne Einfluß auf die Löhne der gelernten Arbeiter bleiben.

Weiter bedeutet bei Lohnbewegungen der Hilfsarbeiter als Arbeitswilliger oft sehr viel. Dieses Moment ist nicht außer acht zu lassen. Was den Punkt Grenzstreitigkeiten anbelangt, so sollte eigentlich davon gar keine Rede mehr sein können, denn es kann uns doch niemand die Leute in der Steinindustrie streitig machen. Uebrigens hat ja auch der Gewerkschaftskongreß in diesem Sinne eine Resolution gefaßt, daß sich die Arbeiter **ihren Berufsorganisationen anzuschließen haben.** Grenzstreitigkeiten sind nicht erhebend, das weiß jedes Verbandsmitglied, aber ich behaupte, daß wir durch die gepflogene Debatte mit den Zentralverbänden ebenfalls mehr ins reine kommen. Schlegel.

Dürkheim. Im Frühjahr 1910 werden es sechs Jahre, daß die Zahlstelle besteht. Eigentümliche Verschiebungen haben sich in dieser Periode sowohl in wirtschaftlichem als auch organisatorischem Gebiet ergeben. Wie ein Lauffeuer brach sich damals die Organisation Bahn, die Gauleitung Mannheim war unermüdlich tätig und in der ganzen Pfalz war ein großer Enthusiasmus zu bemerken. Aber wie schon geschrieben und gesprochen wurde, es war nur ein Strohfeuer. Ende 1905 hatte sich auch bei uns der Pessimismus eingeschlichen, aber einige 16 Kollegen blieben standhaft, und unterstützt von einigen Dürkheimer Genossen hielten sie die Zahlstelle bis 1905 aufrecht. Die Verhältnisse waren nun günstig, die Agitation hatte tüchtig eingesetzt und es gelang der Verwaltung in der Zeit von zwei Tagen, einen Vertrag zur Annahme zu bringen, der das seitherige wilde Akkordsystem über den Haufen warf. Gewiß ein prächtiges Stück Arbeit in so kurzer Zeit. Doch mit des Geschickes Mächten ist kein ewiger Bund zu flechten. Die Unternehmer hatten den Wert der Organisation ebenfalls erkannt, wie das überall da ist, wo die Arbeiter anfangen einig zu sein. Im November 1906 parierten wir in einem Abwehrstreik die versuchte Reduzierung. Der Arbeitsvertrag wurde von den Unternehmern gekündigt und ein viel schlechterer Entwurf von diesen eingereicht. Das Akkordsystem wurde wieder eingeführt, der Stundenlohn jedoch garantiert, aber das ominöse Wort „vollleistungsfähig“ prangte nur so durch. Nach neuntägigem Streik mußte dieses Monstrum mit einigen Abänderungen auch angenommen werden, die Kollegen waren durch die kluge Taktik der Unternehmer kopfscheu gemacht. Dieses Monstrum war ihnen jedoch noch nicht schlecht genug, denn Ende 1907 kündigten sie sogar dieses ihr höchst eigenes Produkt. Die Krise hatte sich mittlerweile auch hier sehr bemerkbar gemacht. Jedoch jetzt waren die Unternehmer entschieden zu weit gegangen, der Bogen war zu straff gespannt. Sie erreichten das Gegenteil von dem, was sie bezweckten, denn wenn die Kollegen vorher vielleicht etwas uneins waren, so wurden sie durch diese Allüren geweckt und standen fest wie eine Mauer. Die schlechteren Positionen wurden abgewehrt und wesentlich bessere eingefügt. Und dieses ohne Streik, was auch etwas zu bedeuten hatte, denn die Kollegen waren durch den langen Winter finanziell sehr geschwächt. Wir haben im Laufe dieser Jahre auch gelernt, was Arbeitslosigkeit heißt, und wenn vor zwei Jahren noch keine Stimme laut wurde zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung, so ist jetzt gerade das Gegenteil der Fall.

Heppenheim (Odenwald). Die Unternehmer haben es von jeher versucht, durch geschlossenes Vorgehen die Steinarbeiterorganisation nicht hochkommen zu lassen. Den Unternehmern glückte aber ihr Beginnen nicht im geringsten. Sie schlossen, wie auch vor Jahren, mit uns einen Tarif ab. Die Unternehmer drückten aber durch, daß der Ablaufstermin desselben in eine für die Steinarbeiter ungünstigste Zeit fällt. Der Ablaufstermin ist nämlich der 1. Januar. Nun sagen sich die Unternehmer, wenn ihr das nicht wollt, was wir gewähren, dann wird die Hälfte der Beschäftigten entlassen, die andre Hälfte kann zwar weiterarbeiten, aber die Macht des Steinarbeiterverbandes ist gebrochen und die Kollegen sind dann selbst uneinig. So machten es die Herren 1908 im Winter, und es kam ihnen die grimmige Kälte dabei noch zugute. Diesmal arbeiteten sie wieder nach demselben Muster. Unsre Kollegen legten eine neue Tarifvorlage vor, einige Verbesserungen wurden verlangt. Die Unternehmer zeigten wenig Entgegenkommen, und sie spielten ihren Haupttrumpf kurz vor Jahresschluß aus, indem 150 Kollegen von der Kündigung des Arbeitsverhältnisses betroffen wurden. Diese Taktik soll die Kollegen knebeln. Etwa 150 Kollegen, welche von der Kündigung nicht betroffen wurden, haben darauf ebenfalls ihre Kündigung eingereicht. Die Kündigung selbst läuft am 15. Jan. ab. Es muß unter allen Umständen versucht werden, daß bei einem eventuellen neuen Tarifabschluß der Ablaufstermin für einen andern Zeitpunkt festgesetzt wird.

Arbeitsangebote nach dem Odenwald sind von den auswärtigen Kollegen unter allen Umständen abzulehnen.

Kappelrodeck. Wie ein Steinmetzmeister einem Arbeiter behilflich war, um eine Unfallrente beziehen zu können, beweist folgendes: Kollegen Joseph Pavesi passierte am 29. Oktober 1907 im Murgtal ein Unglücksfall. Er verlor zwei Finger. Pavesi erhielt eine Unfallrente von 40 Prozent = 32 Mark monatlich, als er vom Spital entlassen wurde. Diese Rente bezog er bis zum 1. Oktober 1909. Von da ab wurde diese um 10 Prozent gekürzt. Pavesi legte Berufung ein bei dem Straßburger Schiedsgericht, wo die Berufung verworfen wurde. Als Pavesi das schiedsgerichtliche Urteilsschreiben zugeschickt erhielt, war anscheinend die Erklärungsabgabe seines damaligen Arbeitgebers Herrn Georg Burger von hier schon fertig. Genannter Herr erklärte, daß Pavesi bereits soviel als wie ein andrer Arbeiter verdient und zwar in 57 Tagen 176.70 Mark, durchschnittlich 3.10 Mark pro Tag. Und obendrein sei Pavesi alle Montage vom Steinarbeiterverband beschäftigt gewesen, weil er dort Vorstandsmitglied sei. Pavesi war niemals, solange er bei Burger gearbeitet hat, an einem Montag oder sonstigen Arbeitstag vom Steinarbeiterverband aus beschäftigt, auch ist er nicht Vorstandsmitglied. Daß Herr Burger einer der größten Gegner unsrer Organisation ist, ist den Kollegen schon lange bekannt. Burger hat ja schon des öfteren versucht, uns hinauszugraulen, aber der Verband steht immer noch felsenfest im hiesigen Gebiet. Die Unternehmer begehen immer neue Schachzüge. Es scheint eine geheime schwarze Liste für die Verbandsmitglieder zu bestehen, denn beim Einstellen sind die Meister besonders vorsichtig geworden. Der vor einigen Wochen veröffentlichte Unternehmerukas hat ja gezeigt, wohin im Schwarzwald die Reise gehen soll.

Roßbach (Oberpfalz). Am Sonntag, den 19. Dezember v. J. fand im Gasthof des Herrn Eichinger eine Versammlung der beiden Zahlstellen Roßbach und A fang statt. Die Kollegen befaßten sich mit der Verschmelzung der beiden Zahlstellen. Von sämtlichen Rednern wurde die Verschmelzung gutgeheißen und auch bei der Abstimmung dieselbe einstimmig angenommen. Die Zahlstelle führt den Namen Roßbach und soll sich die Verwaltung von den beiden Orten zusammensetzen. Es wurde nun zur Neuwahl des Vorstandes geschritten. Aus der Zahlstelle Roßbach wurden die Kollegen Birk als 1. Vorsitzender und Leonhard Artmann als Hauptkassierer wiedergewählt. Da die beiden Kollegen absolut ablehnen wollten, so entspann sich eine längere Debatte, in welcher sich die Kollegen wiederholt für beide Kollegen aussprachen. Dieselben nahmen dann die Wahl auch an. Als 2. Vorsitzender wurde Kollege Johann Artmann und als Revisor Kollege Georg Weigert aus der Zahlstelle Asang gewählt. Die beiden Revisoren Metz und Spreitzer von der Zahlstelle Roßbach wurden wiedergewählt. Unter Punkt Verschiedenes wurden verschiedene Mängel besprochen. Kollege Ihrlbacher rügte in scharfen Worten das Verhalten des indifferenten Kollegen T., der immer, um lieb Kind zu sein, mit organisierten Kollegen in Zwistigkeiten steht. Ferner ermahnte ein Kollege, nur die Wirtschaften zu besuchen, welche uns bei Versammlungen dulden. Auch das Kantinenwesen wurde einer scharfen Kritik unterzogen. Von vielen Anwesenden wurde Klage geführt, daß die Bundesratsverordnung zum Teil schlecht oder gar nicht eingehalten wird. Es sollten da die nötigen Schritte bei der Gewerbeinspektion unternommen werden. Nach einem Schlußwort des Vorsitzenden, es möchte die neue Verwaltung das kommende Jahr die vereinigte Zahlstelle so gestalten, daß uns kein Kollege mehr fernstehe, schloß derselbe die imposant, aber harmonisch verlaufene Versammlung mit einem Hoch auf den Deutschen Steinarbeiterverband.

Wildemann. Vor etwa vier Jahren fingen die Herren Siegheim an, ihren von der kgl. Forstverwaltung auf 12 Jahre gepachteten Steinbruch Adlersberg technisch auszubauen. Infolge dieses Umbaues war die Nachfrage nach Arbeitern größer als das Angebot. Die Firma mußte, der Not gehorchend, den Lohn erhöhen, um fremde Arbeiter heranzuziehen. Der Stundenlohn stieg auf 40 Pfg. Ein Lohn, der für die schwere und gefahrdrohende Arbeit nicht zu hoch genannt werden kann, zudem die Arbeiter, der Witterung ausgesetzt, nicht immer arbeiten können. Die Firma verstand es aber, durch Heranziehung ausländischer Arbeiter ein Mehrangebot von Arbeitern zu beschaffen und die Löhne wieder herunterzudrücken, so daß die Arbeiter jetzt kaum das verdienen können, was des Lebens Notdurft erfordert. Für Bohren der Sprenglöcher bezahlte die Firma 2.75 Mk. pro laufendes Meter, heute 1.15 Mk. In ähnlicher Weise wurden alle Akkordlöhne gekürzt. Infolge des technischen Umbaues war es der Firma auch möglich, eine Arbeitsteilung im Betriebe vorzunehmen in der Weise, daß eine Arbeitskolonne auf die andre angewiesen ist; somit muß der einzelne Arbeiter das leisten, was er zu leisten angewiesen ist. Neuerdings versucht die Firma eine weitere Lohnreduktion von 20 Proz. durchzudrücken. Die Arbeiter sind aber infolge der gemachten Erfahrungen gewitzigt genug, um nicht zu sehen, wie die Dinge wirklich liegen. Die Firma Siegheim glaubt Arbeitsmangel vorschützen zu können, dabei ist sie nicht in der Lage, die Aufträge der Eisenbahndirektion Magdeburg erfüllen zu können. Bei Beginn des Frühjahrs will sie abermals, um ein Mehrangebot von Arbeitskräften zu erzielen, 90 Saisonarbeiter (Italiener) einstellen. Heute will sie behaupten, es sei ihr unmöglich, die einheimischen Arbeiter zu beschäftigen, und sie hat 95 Arbeiter auf die Straße gesetzt. Mehrere Verhandlungen, die vom Landrat, Herrn v. Lücken, eingeleitet wurden, verliefen erfolglos. Auch die Herren Bürgermeister der Schwesterstädte Klausthal-Zellerfeld versuchten die Firma zu bewegen, die Kündigung sowie die Lohnreduktion rückgängig zu machen, aber auch ihr Bemühen war vergebens. Wohin solche Willkür führt, dürfte die Firma noch in kürzester Zeit erleben. Der letzte Mann wird seiner Berufsorganisation beitreten. Mehrere Versammlungen haben stattgefunden, der Geist ist ein recht guter zu nennen. In der letzten Zeit sind mehrere Kollegen abgereist. Die Firma Siegheim wollte die Arbeiter

gegenseitig ausspielen, was ihr aber nicht gelang. Die Firma genießt aber das größte Wohlwollen der Behörden. Die Bergbehörde verbietet den Arbeitslosen Grundstücke zu betreten, die dem Bergfiskus gehören, ebenso verfährt die Eisenbahnbehörde. Das Bürgertum und die Geschäftswelt ist empört, da sie unter der Aussperrung empfindlich zu leiden haben. Die Tabaksteuer hat zirka 100 arbeitslose Arbeiterinnen verursacht. Der Bergfiskus droht seinen Arbeitern, daß er 400 Arbeiter entbehren könne. Rund 100 Steinarbeiter sind ohne Arbeit. Der Magistrat steht ratlos da, die Arbeitslosen können mittels Notstandsarbeiten nicht beschäftigt werden, weil kein Geld für solche Zwecke in den Etat eingestellt ist und nach Angabe der Herren Bürgermeister keine Mittel beschafft werden können. Vor drei Wochen erklärten die Herren Bürgermeister von Zellerfeld-Klausthal noch, sollten die Oberharzer Arbeiter von der Firma Siegheim wirklich entlassen werden, so solle möglichst für Notstandsarbeit gesorgt werden. Unsern Bürgermeistern soll kein Vorwurf gemacht werden, wissen wir doch, daß auch Klausthal-Zellerfeld im Staate Preußen liegt. Auch hier ist wieder zu erkennen, daß die Arbeiterschaft immer auf sich selbst angewiesen und nur in der Lage ist, durch einmütiges Handeln eine bessere Zukunft mit Hilfe der Organisation zu erkämpfen.

Wurzen. Am 16. Dezember 1909 hatte die Ortsverwaltung nach dem Gasthof zu Lüptitz eine öffentliche Steinarbeiterversammlung angesetzt, die leider sehr schlecht besucht war. Zum 1. Punkt sprach Genosse Kleeis-Wurzen in vortrefflicher Weise. Er schilderte den Anfang des Versicherungswesens und erläuterte das Verhalten der Unternehmer zu der sozialen Gesetzgebung. Ferner legte er den Kollegen klar, wie sich jeder bei einem erlittenen Unfall zu verhalten hat, und wie die Rentenberechnung zustande kommt. Es wurde ihm gebührender Beifall gezollt. Beim 2. Punkt erläuterte der Vorsitzende den Antrag des Gewerkschaftskartells auf Erhöhung der Beiträge. Zur Abstimmung kam es noch nicht. Darauf wurden die Kollegen Rich. Billwitz und Robert Barchmann einstimmig als Kartelldelegierte gewählt. Denselben wurde anheimgegeben, die Sitzungen fleißig zu besuchen und dafür Sorge zu tragen, daß die Beiträge nicht zu hoch ausfallen. Unter Verschiedenem wurden noch einige örtliche Angelegenheiten geregelt; auch wurde bekannt gegeben, daß die Ortsverwaltung beschlossen hat, ab 1. Januar 1910 100 Mark bei der Wurzner Sparkasse als Grundstock der Zahlstelle anzulegen.

Rundschau.

Wilhelm Wendenburg †. Am 24. Dezember 1909 starb in Berlin im Alter von 65 Jahren unser ehemaliger Kollege Wilh. Wendenburg. Derselbe war [illegible] der Mitbegründer unsrer heutigen Organisation und zugleich [illegible]ster Vorsitzender des im Jahre 1881 ins Leben gerufenen Fachvereins der Steinmetzen Berlins und Umgegend. Zum großen Teil ist es der Agitation Wendenburgs mit zu verdanken, daß der damalige Fachverein in den achtziger Jahren zu einer strammen Organisation ausgebaut wurde. Ende der achtziger Jahre wurde Wendenburg die Leitung einer Kunststeinfabrik übertragen. Aeußerlich schied er damit aus unsrer Organisation aus, aber innerlich war er wohl bis an sein Lebensende mit derselben verbunden. Während der Aussperrung im Jahre 1889, wo es sich um die Verteidigung des Koalitionsrechtes der Berliner Steinmetzen handelte, suchte Wendenburg die Opfer des Schlachtfeldes in der Kunststeinindustrie unterzubringen. Er hat nicht minder bei dem Kampfe im Jahre 1899 die Organisation unterstützt. Seinem Einfluß ist es mit zu verdanken, daß unsre Berufskollegen in der Kunststeinbranche mehr Berücksichtigung als an andern Orten fanden. An Wendenburg könnten sich einige unsrer Kollegen ein Beispiel nehmen. So lange sie als Steinmetz, Brecher oder Schleifer beschäftigt werden, können sie sich nicht genug über die Schikanierungen der Poliere beklagen, bekleiden diese Leute aber dann eine Polierstelle, dann adieu, ihr gerechten Grundsätze. Diese Avantageure sind die schlimmsten Leuteschurigler. Alles dieses hat Wendenburg vollständig ferngelegen, denn er hatte die Organisation schätzen gelernt. Er behandelte seine Leute stets mit großer Freundlichkeit.

Dekorierte Steinarbeiter. Beim Jahreswechsel wurden nachstehende Steinarbeiter vom bayrischen Prinzregenten mit der Verdienstmedaille des heiligen Michael ausgezeichnet: Johann Schmidt und Wilhelm Blechschmidt aus Weißenstadt; Johann Schiel aus Eichstädt; Paul Elmerer und Joseph Haidacher aus Kiefersfelden. Haidacher ist wahrscheinlich deshalb dekoriert worden, weil er sehr intensiv für die christliche Gewerkschaft tätig ist. Hoffentlich trägt er seine Auszeichnung nun auch in den Versammlungen zur Schau.

Zum Kommerzienrat wurde ernannt der Granitwerksbesitzer und Stadtrat Ludwig Schedler in Schwarzenbach a. S.

Neues Basaltwerk. In Schönbach (Regierungsbezirk Wiesbaden) soll in nächster Zeit ein größeres Basaltwerk errichtet werden. Eine Aktiengesellschaft wurde zu diesem Zwecke bereits gegründet. Im Orte Schönbach wird auch polierfähiger Grünstein gewonnen. Es besteht die Absicht, dieses Material für Grabdenkmäler zu verwenden.

1100 Waggons Bruchsteine hat die bayrische Granit-Aktiengesellschaft innerhalb weniger Wochen für das Flußbauamt Landshut anzuliefern. Die Verfrachtung geschieht von Hauzenberg und Vilshofen aus.

Schweden revanchiert sich gegenüber dem von deutschen Steinindustriellen verlangten Pflastersteinzoll. Gegen die Zollfreiheit auf Roheisen haben sich verschiedene schwedische Interessentenverbände, so das Eisenkontor, der Fachverband der Eisenindustrie usw., mit großer Entschiedenheit ausgesprochen. Sie verlangen einen Zoll von einer Krone für den Doppelzentner Roheisen und stellen sich dabei auf den auch von der schwedischen Regierung vertretenen Standpunkt, daß es volkswirtschaftlich ratsam sei, das einheimische Eisenerz im Lande selbst zu veredeln und nur als Eisen auszuführen. Dabei wird auf die Möglichkeit der Roheisenerzeugung auf elektrischem Wege hingewiesen, durch die sich für das kohlenarme Schweden die Verhüttung billiger stellen werde. **Bekanntlich ist die deutsche Eisenindustrie sehr erheblich daran interessiert, daß ihr der Bezug von schwedischem Eisenerz nicht durch einen schwedischen Erzausfuhrzoll oder durch andre Zollmaßnahmen erschwert wird.** Die deutsche Eisenerzeinfuhr aus Schweden hat in den ersten elf Monaten 1909 2 630 691 Tonnen betragen gegen 2 936 831 Tonnen im gleichen Abschnitt des Vorjahres; sie ist somit etwas zurückgegangen, während die Gesamteinfuhr von Eisenerz nach Deutschland zugenommen hat (von 7 171 054 auf 7 531 338 Tonnen). In den Vorjahren wurden aus Schweden eingeführt: 1906: 2 361 183 Tonnen, 1907: 3 603 505 Tonnen, 1908: 3 137 770 Tonnen. **Im Jahre 1907 hat unsre Erzeinfuhr aus Schweden 42,5 Prozent unsrer gesamten Eisenerzeinfuhr betragen.** Bei den Verhandlungen über einen neuen deutsch-schwedischen Handelsvertrag wird die Frage der ungestörten Erzausfuhr aus Schweden zweifellos wieder eine hervorragende Rolle spielen.

In Schweden findet sich bekanntlich Erz, Granitgestein und Holz in Hülle und Fülle vor. Deutsche Steinindustrielle wollen nun, daß durch einen hohen Zoll die Pflastersteinausfuhr aus Schweden unterbunden werden soll. Nun wissen aber die Schweden ganz genau, **daß die deutschen Hüttenwerke auf schwedisches Roheisen angewiesen sind,** und so verlangen sie einen ziemlich hohen Ausfuhrzoll. Die deutschen Hüttenwerke würden dadurch einen enormen Schaden erleiden.

Weltausstellung in Brüssel. Die europäischen und amerikanischen Industriellen rüsten für die Weltausstellung, welche 1910 in Brüssel eröffnet wird. Auch die Steinindustrie soll nach den Meldungen der Fachzeitschriften stark vertreten sein. Wir kommen später auf die Ausstellung, soweit die Steinindustrie in Frage kommt, eingehend zurück.

Preisausschreiben. Der Deutsche Kunstgewerbeverein Berlin, Bellevuestraße 3, erläßt ein Ausschreiben, in welchem aufgefordert wird, daß bis 1. Februar 1910 Entwürfe einzuliefern sind, welche die Herstellung von Grabdenkmälern aus Kunststein bezwecken. Das Preisgericht bilden hervorragende Professoren. Dieses Vorgehen schädigt selbstredend die Denkmalindustrie, soweit die Verarbeitung des Natursteins in Frage kommt, in eminenter Weise. Die Sandsteinindustrie ist durch den Kunststein so ziemlich ruiniert, jetzt soll es auch der Denkmalbranche an den Kragen gehen. — Es war höchste Zeit, daß sich die Granitschleifereien zusammenfanden und einen tüchtigen Architekten anstellten, um die neueste Stilrichtung mehr berücksichtigen zu können.

Neuentdecktes Marmorlager in Argentinien. In der Provinz Cordoba bei La Cumbre ist vor einiger Zeit ein mächtiges Marmorlager entdeckt worden. Die argentinische Regierung ließ das betreffende Areal in Augenschein nehmen. Die abgestatteten Gutachten sind sehr günstig ausgefallen.

Uebertritt des Schmiedeverbands zum Metallarbeiterverband? Wie wir der Metallarbeiterzeitung entnehmen, fand Ende September in Hamburg eine Konferenz der Vorstände obengenannter Verbände statt, die sich mit dem Uebertritt des Schmiedeverbands zum Metallarbeiterverband beschäftigte. Die Verhandlungen führten zu keinem positiven Ergebnis. Die Vorstände beider Verbände kamen dahin überein, daß der Vorstand des Schmiedeverbands die vom Vorstand des Metallarbeiterverbands gemachten Vorschläge seinen Mitgliedern zur Diskussion und Stellungnahme mit den übrigen Anträgen zum Verbandstag unterbreiten wolle. Dies geschieht nun auch in Nr. 1 des Jahrgangs 1910 der Schmiede-Zeitung. Nach diesen Vorschlägen würden die zum Metallarbeiterverband übertretenden Mitglieder des Schmiedeverbands in die gleichen Rechte eintreten, die auf Grund der Dauer der Mitgliedschaft der Metallarbeiterverband seinen Mitgliedern gewährt. Die bisherigen Mitglieder des Schmiedeverbands wären vom Eintrittsgeld befreit, die bisher im Schmiedeverband gezahlten Beiträge würden ihnen aufgerechnet und sie wären den geleisteten Beiträgen entsprechend unterstützungsberechtigt. Dabei soll den Schmieden völlige Bewegungsfreiheit als Sektion innerhalb des Metallarbeiterverbands gewährleistet werden. Ferner übernimmt der Metallarbeiterverband die jetzt im Schmiedeverband besoldeten Angestellten, wobei besonders berücksichtigt werden soll, daß die bisher im Schmiedeberufe agitatorisch tätigen Gaubevollmächtigten auch fernerhin diese Funktionen ausüben. Nach erfolgtem Uebertritt würde der Metallarbeiterverband statistische Erhebungen über die Erwerbsverhältnisse im Schmiedegewerbe vornehmen, das gewonnene Material in einer Broschüre veröffentlichen, und nachdem eine Konferenz für die Schmiede einberufen, in der diese Erhebungen besprochen werden sollen.

Der Beschluß über den Uebertritt bleibt dem am 22. Mai in München tagenden Verbandstag des Schmiedeverbands vorbehalten. Wird der Uebertritt unter den vom Metallarbeiterverband sehr entgegenkommenden Bedingungen von den Delegierten des Schmiedeverbands beschlossen, so geschieht das sicher zum Vorteil der Mitglieder des Schmiedeverbands; und manche üble Grenzstreitigkeit wäre damit zugleich beseitigt.

Eine Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes wurde kürzlich mit einem Stammkapital von 20 000 Mark gegründet. Mit der Gründung der Verlagsanstalt ist ein lange gehegter Wunsch des Verbandes in Erfüllung gegangen. Der Büchervertrieb unter den Verbandsmitgliedern wird in Zukunft recht rationell betrieben werden können.

Gefahren der Arbeit. Im Kulmitzschen Granitbruch auf dem Streitberge (bei Striegau) verunglückten beim Sprengen der 60jährige Vorarbeiter Lippert und der 20jährige Arbeiter G. Rüdiger, als sie Vorbereitungen trafen, einen nicht abgebrannten Sprengschuß nachträglich zur Explosion zu bringen. Durch den unerwarteten Sprengschuß wurden beide an den Augen verletzt; bei L., der auch an der rechten Hand Verletzungen erlitten hat, fürchtet man den Verlust der Sehkraft.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Hamburg. In Bremen ist mir mein altes Verbandsbuch gestohlen worden, desgleichen das österreichische. Ich bin am 28. Mai 1904 in den Verband eingetreten. Vor Mißbrauch der Bücher wird gewarnt.

Anton Posselt, zurzeit in Hamburg.

Abainville. Der Steinmetz Kaspar Eckard, welcher früher hier gearbeitet hat, mag sofort seine Adresse einsenden. Genannter hat bei einem Kollegen noch etwa 100 Frank zu entrichten.

Th. Rietzschmann, „Le Granit" Nr. 45, Abainville (Frankreich).

Kirschhausen. Nachstehende Kollegen sind hier abgereist, ohne ihre Verbandsbücher mitzunehmen: Ludw. Hallermeier (Verb.-Nr. 17562), geb. am 19. Januar 1885 in Niederrunding; Angelo Canab (Verb.-Nr. 23806), geb. am 17. März 1881 zu Polcenico (Italien); Karl Sagetti (Verb.-Nr. 23224), geb. am 1. Mai 1875 in Castel-Lavazzo (Italien); Giovani Bettio (Verb.-Nr. 23821), geb. am 13. Oktober 1860 in Castel-Lavazzo (Italien); Alois Kekeis (Verb.-Nr. 17636), geb. am 25. Oktober 1890 in Edenstetten (Niederbayern); letzterer hat seinen Kollegen gegenüber noch Pflichten zu erfüllen, er soll jetzt in Baumholder als Arbeitswilliger fungieren. — Der Steinmetz Valentin, geboren am 10. August 1884 in Erbach bei Heppenheim, hat sich hier von den Unternehmern in die Liste als Nichtorganisierter eintragen lassen. Valentin wurde von der Aussperrung verschont.

Xaver Fischer, Vorsitzender.

Rimbach. Der Kollege Johann Neumeier (Verb.-Nr. 10675), geboren in Eisensteg, möchte mir sofort seine Adresse zukommen lassen.

Johann Seidel, Kassierer.

Braunschweig. Otto Hoffmann aus Wolfenbüttel, wo steckst Du? Es sucht Dich Dein Bruder Fritz, Fallersleberstr. 17.

Kupferdreh. Der Steinmetz Johann Kohl aus Mayen (Rheinland) Verbandsbuchnummer 17890, ist hier unter Zurücklassung großer Schulden abgereist. Dasselbe Manöver machte er in Mülheim. Das Gebaren des Kohl muß als recht schwindelhaft bezeichnet werden.

Joseph Kirchner, Vorsitzender.

Adressen-Aenderungen.

Bochum. Kass.: Kornelius van der Knyp, Wittener Straße 19, III.

Langensalza. Kass.: Jakob Geiling, Unterm Berge 33.

Bunzlau. Kass.: G. Heininger, Rudolfstraße 9.

Briefkasten.

Demitz. Wende Dich direkt nach Wien. — **R. in B.** Es heißt, die Artikel sollen an „höherer Stelle" abgegeben werden. Diese Stelle mag sich nur selbst an die Redaktion wenden. — **Lt. 1000.** Wende Dich an den Buchverlag Eduard Pohl in München, Galeriestraße 17. — **A. Sch.** Wende Dich sofort an den Vorstand der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft, Sektion III, die nähere Adresse ist aus der Aushängetafel in der Werkstatt ersichtlich. Aber bitte, eingeschriebenen Brief benutzen. Der Sachverhalt ist kurz und bündig zu schildern.

*

☞ Diejenigen Zahlstellen, welche auf den Jahrgang 1910 des „Steinarbeiter" in gebundenem Zustande reflektieren, mögen ihre Bestellung unverzüglich bei der Expedition einreichen. Die gebundenen Exemplare des „Steinarbeiter", Jahrgang 1909, werden baldigst an die Zahlstellen, welche Bestellungen aufgegeben haben, versandt.

*

Die Vorlage über die Erwerbslosenunterstützung wird in der Nr. 4 des „Steinarbeiters" publiziert. Diejenigen Kollegen, welche zu dieser Materie Stellung nehmen wollen, mögen deshalb warten, bis die Vorlage das Licht der Welt erblickt hat.

*

Die Quittung über die beim Kassierer eingegangenen Gelder erfolgt in nächster Nummer.

*

Die Nr. 51 des „L'Operaio" lag der Steinarbeitersendung vom 24. Dezember 1909 bei. Die Nr. 52, Jahrgang 1909, und Nr. 1, Jahrgang 1910, vom „L'Operaio" sind dieser Steinarbeitersendung beigelegt.

Anzeigen

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitsuchenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Berlin.

Sonntag, den 16. Januar, vormittags 10 Uhr

Zwei Mitgliederversammlungen:

Sektion I	Sektion II
in den Musiker-Sälen	im Verbands-Lokal
Kaiser-Wilhelm-Str. 18m.	Seydelstraße 30.

Tagesordnung: 1. Bericht der Sektionsleitung. 2. Neuwahl derselben. 3. Branchenangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Sonntag, den 30. Januar, vormittags 10 Uhr

General-Versammlung

im **Gewerkschaftshause,** Engelufer 15, Saal I.

Tagesordnung: 1. Jahresbericht des Vorstandes. 2. Neuwahl desselben. 3. Bericht der Gauleitung. 4. Neuwahl derselben. 5. Verschiedenes.

Es ist Pflicht jedes Kollegen, sowohl die Versammlung seiner Sektion als auch die Generalversammlung zu besuchen.

Die Ortsverwaltung.

2. Gau (Striegau).

Sonntag, den 13. Februar, vormittags 10½ Uhr findet in **Strehlen** unsere **Gaukonferenz** statt. Das Lokal, in dem die Konferenz stattfindet, wird an dieser Stelle noch bekanntgegeben.

Die vorläufig festgesetzte Tagesordnung lautet:

1. Tätigkeits- und Kassenbericht der Gauleitung.
2. **Referat über: Organisation und Agitation, unter Berücksichtigung der Hilfsarbeiterfrage** (Referent: Kollege Müller, Striegau).
3. Die verbesserte Verordnung des Bundesrats.
4. Anträge der Zahlstellen und Allgemeines.

Zahlstellen bis zu 100 Mitgliedern entsenden einen Delegierten, auf jedes weitere oder angefangene Hundert kann ein Delegierter mehr entsendet werden. Die Kosten der Delegation tragen die Zahlstellen selbst. — Die örtlichen Situationsberichte, welche die Zahl der gegenwärtig beschäftigten Berufskollegen enthalten sollen, ebenso die Zahl der Organisierten und Unorganisierten sind baldigst an die Gauleitung zu übersenden. Die Situationsberichte sollen auch Aufschluß geben über die Tarifverhältnisse, über die Arbeitszeit und über die Durchführung der Bundesratsverordnung. — Event. Anträge zur Gaukonferenz müssen **spätestens am 6. Februar** in Händen der Gauleitung sein.

Im Auftrag der Gauleitung: K. Daubenthaler.

Zahlstelle Demitz-Thumitz.

Dienstag, den 11. Januar, abends Punkt ½6 Uhr

General-Versammlung

im **Gasthof Neu-Schmölln.**

Tagesordnung: 1. Jahres- und Kassenbericht. 2. Wahl der Ortsverwaltung. 3. Anträge. 4. Verschiedenes.

Wegen der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher Kollegen unbedingt notwendig. **Die Ortsverwaltung.**

Schürzen Hausmacherleinen, 100 u. 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, Jacketts, Leder- und Buckskin-Hosen in eigener Anfertigung empfiehlt preiswert

Emil Keidel Spezial-Geschäft in Berufskleidung

☞ Eigene Anfertigung. ☜

Hamburg 6, ☞ jetzt Bartelsstrasse 93.

Tüchtige, saubere Maschinenschleifer

finden sofort dauernde Beschäftigung.

Gothaer Granitwerk G. m. b. H., Gotha.

Gestorben.

In **Alt-Warthau II** am 23. Dezember 1909 der Kollege **Franz Fabian,** 36 Jahre alt, an Lungenschwindsucht.

In **Brandenburg** am 25. Dezember 1909 der Kollege **Paul Senslober,** 43 Jahre alt, an der Lungenschwindsucht.

In **Dresden** am 15. Dezbr. 1909 der Kollege **Giesbert Werner,** 33 Jahre alt, an Rippenfellentzündung.

In **Hardheim** am 16. Dezember 1909 der Kollege **Georg Lenz,** 44 Jahre alt, an der Berufskrankheit.

In **Hockenau** am 22. Dezember 1909 der Kollege **Karl Bartonicek,** 34 Jahre alt, an der Berufskrankheit.

In **Leipzig** am 27. Dezember 1909 der Kollege **Johann Georg Nestor,** 63 Jahre alt, an der Berufskrankheit.

In **Metz** am 30. Dezember 1909 der Kollege **Georg Bähr,** 32 Jahre alt, an Nierenleiden.

In **Straßburg** am 20. Dezember 1909 der Kollege **Albert Schnebele,** 32 Jahre alt, an einem Radunfall.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Beilage zum „Steinarbeiter“.

Nr. 2. Sonnabend, den 8. Januar 1910. 14. Jahrgang.

Die Steinbruch-Industrie in Bayern*.

Von Paul Martell.

I.

Der vorherrschend alpine Charakter Bayerns, wenigstens in seinen südlich gelegenen Gebieten, macht es ohne weiteres verständlich, wenn wir heute in Bayern eine erhebliche und ausgedehnte Steinbruchindustrie vorfinden. Es dürfte daher von allgemeinem Interesse sein, einmal die örtlichen Sitze der bayrischen Steinbruchindustrie in übersichtlicher Darstellung kennen zu lernen.

Wir wenden uns zuerst dem Regierungsbezirk Oberbayern zu, wo im Bezirksamt Altötting eine größere Steinbruchindustrie vorhanden ist. Die Bodengestaltung des Bezirks gehört zum Teil der Schotterebene an, teilweise liegt auch der sandige Boden des sogenannten Hochterrassenschotters vor, der vornehmlich an der Alp zu finden ist. Kalksteinbrüche besitzt der Bezirk zu Edhof, Gufflham, Raitenhaslach, Unterkastl und Garching, letzterer Betrieb in Verbindung mit einer Brennerei. Zu Neukirchen a. Alz, Unterkastl, Gufflham und Unterneukirchen befinden sich außerdem Nagelfluhbrüche, in letzteren beiden Orten je zwei Betriebe. Das Bezirksamt Berchtesgaden zeigt eine reich entwickelte Steinbruchindustrie. Die Berchtesgadener Alpen bilden hier die geologische Basis. Dolomitlagerungen wie Dachsteinkalke treten in großer Mächtigkeit auf, daneben ist auch Gips anzutreffen. An industriellen Anlagen des Bezirks Berchtesgaden sind vornehmlich zu nennen: drei Kalksteinbrüche zu Karlstein, je ein Kalksteinbruch zu Högl, Gmain und Scheffau, letztere zwei Brüche arbeiten in Verbindung mit Brennerei. Gipsbrüche befinden sich zu St. Zeno, Berchtesgaden und Reichenhall. Zu St. Zeno liegt auch eine Gipsmühle. Bei Bischofswiesen steht ein Marmorbruch im Betrieb. Die Steinbruchindustrie dieses Bezirks hätte erheblich größere Ausdehnung, wenn nicht so schwierige, durch die Eigenart des Gebirges bedingte Transportverhältnisse vorlägen. Aus demselben Grunde liegt auch ein ständiger Arbeitermangel vor. Im Bezirksamt Ebersberg ragt besonders der Ort Glonn mit 6 Tuffsteinbrüchen hervor. Im selben Bezirk befinden sich auch mehrere Nagelfluhbrüche, so zu Ebersberg, Frauenneuharting, Grafing und Tegernau. Außerdem ist noch ein Kalktuffbruch mit Kalkbrennerei zu Bruck zu erwähnen. Im Bezirksamt Friedberg hat nur die Kalkschottersteingewinnung für die Aetzkalkbrennereien Bedeutung. Derartige Brüche befinden sich zu Friedbergerau und Lechhausen. Recht erhebliche Ausdehnung besitzt die Steinbruchindustrie im Bezirksamt Garmisch mit dem Karwendel- und Wettersteingebirge und den Ammergauer Alpen. In Eschenlohe stehen zwei Kalkbrüche im Betrieb, in Garmisch ein Kalkwerk und ein Gipswerk. Zahlreiche Gipsbrüche, etwa sechs, liegen zu Oberau. Die stärkste Ausdehnung weisen jedoch die Wetzsteinbrüche auf. So befinden sich zu Ohlstadt etwa 8 Brüche und zu Unterammergau sind annähernd 25 Wetzsteinbrüche anzutreffen. Diese Steinbrüche arbeiten vielfach in Verbindung mit Schleifereien. Zu erwähnen sind noch fünf Kalkbrüche bei Partenkirchen. Auch im Bezirksamt Ingolstadt ist eine gut entwickelte Steinbruchindustrie vorhanden. So befinden sich zu Gaimersheim drei Dolomitbrüche im Abbau, zu Wettstetten desgleichen zwei. Weitere Dolomitbrüche liegen zu Hepberg, Oberhaunstadt und Eitensheim. Kalk wird zu Großmehring, Etting, Teissing und Eitensheim gebrochen. Im Bezirksamt Landsberg besitzt lediglich der Kalktuffbruch bei St. Georgen (Diessen) Bedeutung. Gut entwickelt dagegen ist die Steinbruchindustrie im Bezirksamt Laufen, dessen geologische Formation in der Hauptsache der jüngeren Moränenzone angehört. Zu Aining wird hier Sandstein in vier und Kalkstein in zwei Brüchen gewonnen. Recht zahlreich sind auch die Nagelfluhbrüche, welche bei Surheim, Friedolfing, Saaldorf und Asten anzutreffen sind. Am letzteren Ort allein drei Brüche. Auch Tuffstein wird viel gewonnen, so zu Föring, Burg, Weildorf und Kay. Letzterer Ort weist drei Tuffsteinbrüche auf. Zu erwähnen ist dann noch ein Sandsteinbruch bei Palling und ein Kalksteinbruch bei Surheim. Auch im Bezirksamt Miesbach hat die Steinbruchindustrie weite Verbreitung gefunden. Vornehmlich je zwei große Kalkbrüche bei Kreuth und Rottach verdienen hervorgehoben zu werden. Sandstein wird zu Fischbachen und Wiessee, am letzteren Ort an zwei Stellen gebrochen. Zu nennen ist auch der Tuffsteinbruch bei Valley. Erwähnt sei, daß bei Hausham und Miesbach zwei der größten Kohlenbergwerke Bayerns liegen. Im Bezirksamt München I hat sich besonders als Folge der großen Lagerstätten plastischen Tons eine umfangreiche Ziegelindustrie entwickelt. Sonst finden sich in diesem Bezirk nur Nagelfluhbrüche und zwar bei Deisenhofen und bei Straßlach in der Gemarkung Oberhaching. Bei letzterem Ort werden vier Brüche gezählt. Das Bezirksamt Rosenheim zeichnet sich durch seine erhebliche Kalkgewinnung aus. In dieser Hinsicht sind die Kalksteinbrüche zu Altenbeuern, Burgberg, Fischbach, Flintsbach, Nußdorf zu nennen. Die Brüche arbeiten vielfach in Verbindung mit Brennereien. Zu erwähnen sind noch zwei Nagelfluhbrüche zu Degerndorf. Im Bezirksamt Schongau hat besonders die Sandsteingewinnung und zwar zu Bayersoien, Gschwend, Peiting und Rottenbuch Bedeutung. Einer größeren Entwicklung dieser Brüche stehen jedoch die ungünstigen Transportverhältnisse der Gegend entgegen. Im Bezirksamt Tölz werden vornehmlich die äußeren Hänge und Vorberge des Alpengebiets mit seinen kalkartigen Gesteinen in Abbau genommen. Auch die Zementgewinnung erfolgt fabrikmäßig an mehreren Orten, so zu Benediktbeuern, Bichl, Reigersbeuern und Steinbach. Ein Kalkbruch liegt zu Mühlthal. Zu Kochel befinden sich die vorzüglichen und großen Gipslager der Heckertschen Werke. Stattlich entwickelt ist die Steinbruchindustrie im Bezirksamt Traunstein. Vor allem sind hier die großen Zementkalkmergelbrüche bei Staudach (Marquartstein) zu nennen. Sandsteinbrüche sind in großer Zahl vorhanden, so zu Buch, Emertsham, Hörgering, Mühltal, Ober-Siegesdorf. Tuffstein wird zu Engelsberg gewonnen. Kalksteinbrüche liegen zu Marquartstein, Reit i. W., Ruhpolding und Schleching. Auch einige Nagelfluhbrüche sind im Betrieb, so zu Haslach, Waldhausen und Traunstein. Ruhpolding hat auch einen Marmorbruch aufzuweisen.

Wir kommen nunmehr zu dem Regierungsbezirk Niederbayern, wo vornehmlich die „Lagergranite“ des Böhmer- und Bayrischen Waldes eine lebhafte Granitbruchindustrie ins Leben gerufen haben. Besonders sind in diesem Sinne die großen Granitbrüche des Blauberges östlich von Cham zu nennen. Im Bezirksamt Bogen befinden sich Granitbrüche zu Haggn, Neukirchen, Pfelling. Bei der Bezirksstadt Bogen liegt eine größere Kiesgräberei. Im Bezirksamt Deggendorf werden Werk- und Pflastersteine hauptsächlich bei Metten und südöstlich von Deggendorf nahe der Donau gewonnen. Bei Metten liegen mehr als 20 Granitbrüche. Weitere Granitbrüche befinden sich zu Außernzell, Buchberg, Edenstetten, Egg, Offenberg und Weibing. In vielen dieser Orte sind auch Steinhauereien im Betrieb. So zu Metten mehr als zehn. Kalk wird zu Meßlbach und Iggensbach gebrochen. Zu Schaching befindet sich eine Granitsteinhauerei. In den Bezirksämtern Grafenau, Eggenfelden und Griesbach ist keine nennenswerte Steinbruchindustrie vorhanden. Dagegen zeigt diese in dem Bezirksamt Kelheim größere Entwicklung. So befinden sich bedeutende Kalksteinbrüche zu Kapfelberg und Offenstetten. Letztere, etwa 3,5 Kilometer ostsüdöstlich von Abensberg, sind mit die größten Bayerns. Die Ausdehnung des Kalklagers beträgt mehr als 120 Hektar. Das Material zeichnet sich durch Druckfestigkeit, Frostbeständigkeit und feines Korn aus; der Stein hat als Bau- und Werkstein bei Prachtbauten in Berlin, Kopenhagen und Wien, wie auch für Statuen (Schloß Linderhof) Verwendung gefunden. Der Abbau der Kalkbänke, die 1—2 Meter mächtig horizontal lagern, wird durch senkrechte Klüfte erleichtert, die je nach 5—7 Meter auftreten. Die Jahresproduktion dürfte durchschnittlich 3000 Kubikmeter betragen. Beschäftigt werden mehrere 100 Arbeiter. Im Nordosten von Offenstetten befinden sich Lagerstätten eines sehr harten, spröden Materials. In einer großen Steinmetzwerkstätte gelangen die gebrochenen Massen zur Bearbeitung. Kleinere Kalkbrüche liegen bei Abbach, Altessing, Gronsdorf, Kelheim, Marching, Saal, Sandharlanden und Unterschambach. Sandsteinbrüche befinden sich zu Abbach (mit Steinsäge), Kapfelberg, Lengfeld, Oberndorf und Neu-Kelheim. Bei Neu-Kelheim handelt es sich um Grünsandstein der Kreideform. Dolomit wird in mehreren Brüchen zu Irnsing und Oberndorf gebrochen. Im Bezirksamt Kötzting sind Granitbrüche zu Blaibach, Kötzting und Lengenwiesl im Betrieb. Syenit wird bei Eschlkam gebrochen. Zu erwähnen wäre noch eine Schwefelkiesgrube bei Lam. Wohl die größte Ausdehnung der Steinbruchindustrie im Regierungsbezirk Niederbayern zeigt das Bezirksamt Passau. Die beträchtlichen Granitlagen und dioritischen Ablagerungen des Bezirks machen dies erklärlich. Es handelt sich fast ausschließlich um Granitbrüche. Je drei Granitbrüche befinden sich zu Allmunzen, Fürstenstein und Leoprechting; je zwei zu Altenmarkt, Peigerting, Kalteneck, Kornbach, München, Witzmannsberg und Wotzdorf, je einen Granitbruch weisen auf Graneck, Grubweg, Hacklberg, Kellberg, Neuhaus, Nenkirchen a. J., Oberdiendorf, Steinhof und Straßkirchen. Je einen Granitbruch in Verbindung mit Steinhauerei besitzen Eglsee, Namering, Renholding, Salzbach und Tittling. Zu erwähnen wäre außerdem noch ein Kalkbruch bei Fürstenzell. Im Bezirksamt Regen befinden sich zu Ellerbach und Ried Granitbrüche; ein Quarzbruch liegt bei Zwiesel. Im Bezirksamt Viechtach ist, gestützt auf den in großer Ausdehnung vorhandenen Waldlagergranit, eine nicht unerhebliche Steinbruchindustrie vorhanden. In dieser Hinsicht sind die Granitbrüche zu Achslach, Gotteszell, Grünbach, Patersdorf, Ruhmannsfelden, Teisnach mit Steinhauerei und Triefenried zu nennen. Quarzbrüche liegen bei Oberberging und Viechtach. Hervorzuheben ist auch ein Syenitbruch bei Triefenried. Eine stark entwickelte Steinbruchindustrie hat das Bezirksamt Vilshofen aufzuweisen. Hier liegen vornehmlich Urgebirgsablagerungen vor. Jurakalkbrüche liegen in größerer Zahl im Wolfachthale bei Söldenau. Hauptsächlich kommen jedoch Granitbrüche in Frage, solche sind zu Alkofen, Annkirchen, Hölzlöd, Pleinting und Vilshofen im Betrieb. Sandstein wird bei Albersdorf und Otterskirchen gebrochen; Gneis bei Stampfing gewonnen. Das Bezirksamt Wegscheid hat besonderes Interesse durch seine zahlreichen Graphitgruben. Vornehmlich kommt hierfür die Gegend bei Hanzenberg in Betracht, wo die Graphitlagen den Gneisboden teils wie verwitterte Linsen, teils wie Nester in großer Mächtigkeit über dem tieferen Gestein durchsetzen. Derartige Graphitgruben liegen bei Germannsdorf, Lenzesberg, Schaibing, Oedsdorf, Pelzöd, Diendorf, Lämmersdorf und Pfaffenreut. Die Graphitgruben von Pfaffenreut liefern eine besonders geschätzte Qualität. Granitbrüche weist der Bezirk in größerer Zahl bei Hanzenberg und Wotzdorf meist in Verbindung mit Steinhauereien auf. Im Bezirksamt Wolfstein befinden sich Granitbrüche zu Fürsteneck und Röhrnbach, sowie ein Dioritbruch zu Oberndorf.

Wir kommen nunmehr zum Regierungsbezirk Oberpfalz, wo gleichfalls eine gut entwickelte Steinbruchindustrie anzutreffen ist. Im Bezirksamt Amberg wird hauptsächlich Kaolin gewonnen, und zwar bei Schnaittach und Hirschau in mehreren Gruben. Aber auch Kalksteinbrüche sind in stattlicher Zahl vorhanden, so zu Adlholz, Gärmersdorf, Hiltersdorf, Irlbach, Köpfering, Schlicht, Theuern und Vilseck. Sandsteinbrüche besitzt Sengast und Vilseck. Quarzsandgruben liegen zu Elbart. Im Bezirksamt Beilngries wird Kalkstein und Dolomit zu Berching, Breitenhill, Dietfurt und Hirschberg gebrochen. Kalkschiefersteine gewinnt man in zwei Brüchen zu Jachenhausen. Im Bezirksamt Cham sind mehrere Granitbrüche bei Katzberg, Cham, Blauberg, Ränkam und Raimdorf im Betrieb. Hornblendesteine gewinnt man zu Furth. Das Bezirksamt Eschenbach besitzt bedeutende Basaltbrüche am Kulm. Große Sandsteinbrüche befinden sich zu Pressath und Grafenwöhr. Die ehemals bedeutende Rötelgewinnung bei Troschenreuth hat seit langer Zeit aufgehört. Von erheblicher Bedeutung ist die Steinbruchindustrie im Bezirksamt Kemnath; vornehmlich handelt es sich um große Syenitbrüche, so bei Röthenbach, Reuth und Thumsenreuth. Basalt wird bei Aign, Immenreuth, Kulmain, Wolframshof und Zinst gewonnen. Im Bezirksamt Nabburg sind neben den Granitbrüchen zu Iffelsdorf, Stein, Tauchersdorf, Wiesenfüß und Windpaissing mehrere Flußspat- und Schwerspatgruben bei Diendorf, Freihung, Pretzabruck, Schwarzach und Wölsenberg zu nennen. Diendorf besitzt auch Tongruben. Ein wertvolles Material gewinnen auch die Granitbrüche zu Kröblitz und Gleiritsch. Im Bezirksamt Roding sind die Granit-Syenitbrüche zu Roßbach von größerer Bedeutung. Das Bezirksamt Stadtamhof weist die großen Jurakalkbrüche am Brandlberg bei Walhallastraß östlich von Stadtamhof auf. Im Bezirksamt Tirschenreuth haben die bei der Amtsstadt liegenden bedeutenden Kaolinlager mehrere Porzellanfabriken ins Leben gerufen. Größere Granitbrüche liegen bei Liebenstein und Thanhausen, desgleichen Basaltbrüche bei Griesbach und Mitterteich. Dem Bezirksamt Vohenstrauß gehören die umfangreichen Quarzbrüche zu Pleystein und Vohenstrauß an.

* Aus der Fachzeitschrift „Der Steinbruch“.

Zur Organisationserweiterung.

Rechtzeitig und mit allem Eifer wird über obengenannte Fragen im Verbandsorgan debattiert. Auch in den Mitgliederversammlungen werden diese Punkte zum Gegenstand lebhafter Erörterungen gemacht. Der Hilfsarbeiterfrage, die ja in fünf Leitartikeln mit unanfechtbaren Beweisen erläutert und begründet worden ist, wird im allgemeinen zugestimmt. Nur beschäftigt sich die Diskussion mit Einzelheiten, speziell mit der Höhe des Beitrags, den die Hilfsarbeiter zu leisten hätten und so will ich im voraus bemerken, daß die von der Redaktion und dem Kollegen E. W. vorgeschlagene Beitragshöhe von 35 Pfg. zweifellos die richtigste sein dürfte, gemessen mit dem Einkommen dieser Arbeiterkategorie. Würde der 45-Pfg.-Beitrag für dieselbe bestimmt, so kann wohl mit Recht behauptet werden, daß die ganze Erörterung dieser für den Verband so hochwichtigen Frage eine nutzlose sein würde. Zum Beweise will ich da anführen, daß z. B. in Ströbel und andern Zahlstellen, wo 45 Pfg. Beitrag gezahlt werden, es nicht gelungen ist, die Hilfsarbeiter dem Verbande zuzuführen, trotz den ehrlichsten Versuchen, die unsre dortigen Agitatoren angestellt haben. Und genau so ist es in dem großen Granitgebiet Striegau-Häslicht, in welchem wohl 500 Hilfsarbeiter beschäftigt sind. Wie groß aber die Zahl der Hilfsarbeiter in unserm Beruf überhaupt ist, sagen uns die Ergebnisse der deutschen Berufszählung vom Jahre 1907. Nach genannter Erhebung üben 81 355 Hilfsarbeiter und Handlanger diesen Beruf als Haupterwerb und nur 7179 als Nebenerwerb aus. **Diese Zahlen zeigen uns zur Genüge, was für eine riesige Arbeit noch zu leisten ist, und diese soll doch nicht dadurch erheblich erschwert werden, daß man einen Beitrag festsetzt, der den unter den elendesten Lohn- und Arbeitsverhältnissen leidenden Hilfsarbeiter vor den Kopf stößt.** Diese Zahlen dürften aber auch den Kollegen Ernst zu einer andern Auffassung bringen, der von „nur einmal den Beruf wechselnden“ Hilfsarbeitern schrieb. Ebenfalls muß ich mich gegen den Kollegen Watzky wenden, der ja allerdings nur bewiesen hat, daß er noch sehr wenig Fühlung mit den Hilfsarbeitern genommen hat, sonst hätte er nicht be-

Steine und Gesteine.

II.

Trotz der Sprödigkeit der Steine und Gesteine machte die maschinelle Entwicklung in der Steinindustrie rasende Fortschritte. Doch kehren wir zurück in das Anfangsstadium der Verwertung der Steine und Gesteine. Mehr als heute, ja fast ausschließlich waren die Menschen der sogenannten Steinzeit auf sie angewiesen. Unter überhängendem Gestein suchten sie Schutz vor den Unbilden der Witterung, in den Bergeshöhlen wohnten sie, aus Steinen verfertigten sie ihre „häuslichen“ Gerätschaften, (Messer, Beile, Hammer), auch Waffen zum Schutze gegen wilde Tiere und zum Kampfe gegen böse, Nachbarn. Durch Aneinanderschlagen zweier Steine (Feuersteine) verschafften sie sich das Feuer, welches sie sorgsam hüteten und in der neueren Steinzeit stellten sie schon Schmuckstücke her, mit denen sie ihren Körper behingen. In den Steinen sahen die Menschen ihre Beschützer und Erhalter, und da ihnen eine Erklärung für das Walten der Natur fehlte, beteten sie sie als ihre Götter an. Auch als Grabdenkmäler fanden die Steine schon damals Verwendung, ihre Unveränderlichkeit, gemessen an der Kürze des menschlichen Lebens, ließen sie von Anfang an als geeignet erscheinen, den Ueberlebenden Erinnerungszeichen an ihre teuren Toten zu erhalten und kommenden Generationen Zeichen der Vergangenheit zu übermitteln. Später ging man dazu über, die Gesteine auch zu Bauzwecken zu verwenden, wobei sich schon in frühester Zeit der Kunstsinn des Menschen entwickelte. Die uns erhalten gebliebenen, durch Ausgrabungen entdeckten Zeugen jener Kunstepoche des Altertums fordern unsere größte Bewunderung heraus.

Was uns bei der Verwendung von Steinen und Gesteinen besonders auffällt, und worauf es bei der Anordnung einzelner Partien ankommt, das ist ihre monumentale Wirkung. Namentlich bei Brunnen (Wasserbehältern) kommt die erhabene Ruhe des Gesteines, im Gegensatz zur Beweglichkeit des Wassers, so recht zum Ausdruck. Die Grabmale in ihrer Unveränderlichkeit erinnern uns gleichzeitig an die Majestät des Todes.

Wegen der monumentalen Wirkung der Gesteine, bedient man sich ihrer in neuerer Zeit auch zur — Reklame, einer allerdings äußerst vornehmen Reklame, von der wir nur wünschen können, daß sie weitmöglichst zur Anwendung gelangen möge. Große und kleine Kaufleute benutzen Marmor, sehr häufig auch Granit, namentlich Labrador, um ihren ausgestellten Waren einen würdigen Rahmen zu verleihen, um das kaufende Publikum zu fesseln. Hier ist es nun Aufgabe der dazu Berufenen, bei der Auswahl der Steinsorten die richtigen zu treffen. Wer nur das Auge nach dem schönen Aeußern eines Gesteins entscheiden läßt, kann sehr leicht schon in kurzer Zeit aufs Unangenehmste enttäuscht werden, da gerade die am schönsten „gefärbten“ Marmore am wenigsten wetterbeständig sind. Namentlich die dunklen Marmorsorten verblassen gar bald, weshalb sie denn auch hauptsächlich im Innenbau zur Dekoration Verwendung finden. Zu den wetterfestesten Marmoren gehören der weiße Carrara, dessen beste Qualität, der Statuario, zu Bildwerken, Statuen, verwandt wird, der bläulichweiße Bianko und der graublaue Bardiglio, letzterer ebenfalls aus den carrarischen Brüchen stammend, deren zirka 800 vorhanden sind, in denen rund 10 000 Arbeiter beschäftigt werden. Die italienischen Marmore haben die größte Verbreitung gefunden, doch auch Frankreich, Belgien, Spanien, Aegypten, nicht minder auch Deutschland haben sich ihren Platz auf dem Markte errungen. In Deutschland sind es vornehmlich die bayrischen (rot und grün), die schlesischen (weiß und grau), die thüringischen und rheinischen (schwarze, graue und rote), die sehr wohl einen Vergleich mit den ausländischen Marmoren auszuhalten imstande sind. — Sehr leicht kann man durch die ganz willkürlich vorgenommene Bezeichnung eines Marmors getäuscht werden. Um ihren Absatz zu fördern, gibt man z. B. deutschen Marmoren hochtönende italienische oder griechische Namen, in Zeichnung und Farbe granitähnliche Marmore gehen als Granite, z. B. Belgischer Granit, Sardinischer Granit, während Alabaster (kristallisierter Gips) sowohl in gefärbtem als auch in ungefärbtem Zustande als Mormor angepriesen wird. Um sich von Fälschungen zu bewahren, genügt ein wenig Kenntnis über die chemischen Eigenschaften des betreffenden Gesteins. Man bringt den angeblichen Marmor mit Salzsäure in Berührung, worauf eine Kohlensäureentwicklung vor sich gehen muß, die sich durch Brausen kundtut, wenn der Gegenstand Marmor (kohlensaurer Kalk) ist. Alabaster dagegen (aus schwefelsaurem Kalk bestehend) bleibt gegen diese Prozedur völlig unempfindlich.

Aeußerst zahlreich und verschieden sind die Arten des Marmors. Auch nicht ein Kubikmeter gleicht einem andern völlig in Struktur und Farbe. Man teilt sie nach der Farbe in weiße, graue, schwarze, gelbe, rote, braune, grüne und blaue, wobei jedoch zu berücksichtigen ist, daß der genannte Farbenton nicht immer in voller Reinheit zum Ausdruck kommt. So darf man sich einen blauen Marmor nicht „himmelblau“ vorstellen. Auch unterscheidet man zwischen antiken und modernen Marmorsorten. Antiken, weil sie bereits von den alten Römern und Griechen verwandt wurden, wie der Penteli, Skyros und Statuario. — Rote Marmors, vom feuerroten Griotte mit seinen hellen Flecken und schwarzen Spirallinien zum blutroten Rouge sanguin und gleichfarbigem Languedoc lagern in Frankreich, desgleichen der grau-weiße, hellbraune auch bräunlichgelbe Napoleon, der Portore mit seinen goldgelben Adern auf tiefschwarzem Grunde, der Campan vert et melange mit rötlichem Grunde und grünen und roten mandelförmigen Zeichnungen, endlich der auf schwarzem Grunde grau und weiß geäderte und gefleckte St. Annen. Letzterer wird jedoch auch in Belgien, zum Teil auch im Harz gebrochen. Aus Belgien kommt ferner der schwarze Noir belge. Der dem St. Annen ähnliche Blaustein mit seinem blauen Grunde kommt von Rären bei Aachen. Auch Italien ist neben den weißen reich an farbigen Marmorsorten. Sehr beliebt ist der Pavonazzo und Pavonazetto, auch Pfauenmarmor genannt, er ist weiß mit dunkelvioletten Adern und Flecken, der Bianka e nero ist weiß und schwarz geadert, der Giallo e nero hat schwarze Flecke auf gelbem Grunde, wäh-

haupten können, daß die Löhne derselben 15—20 Mark betragen. Im Gegenteil, steht doch fest, daß speziell im Striegau-Häslichter Gebiet die Stundenlöhne der Räumer und sonstigen Tagearbeiter zwischen 22—27 Pfg. schwanken, die Regentage abgerechnet, wird dann nur ein Wochenlohn von 12—15 Mark erreicht. Darüber hinaus sind seltene Fälle.

Bei der Festsetzung des Beitrags muß aber immerhin auch auf die Konkurrenzorganisationen Bezug genommen werden. Sind es doch gerade die Hirsche und Christlichen, die mit niedrigen Beiträgen krebsen gehen. Und da ist es doch auffallend, daß in einer Reihe von Orten diese Organisationen ziemliche Aufnahmen machen konnten, wir aber das Nachsehen hatten. Diese Sorte Arbeiterzersplitterer hat aber damit fast immer Glück, weil sie weiß, daß diese Arbeiter eben nur 30 oder 35 Pfennig bezahlen können. Es wäre doch auch ein Unrecht, wenn ein Räumer, der durchschnittlich 12 Mark Wochenlohn hat, 45 Pfennig zahlen sollte und daneben ein Steinmetz mit 20 Mark Wochenlohn 50 Pfg. Wir haben ja Orte, wo es der Steinmetz pro Woche auf 30—35 Mark bringt, der Beitrag beträgt aber auch bloß 55 Pfg., das sind doch recht krasse Unterschiede. — Wird also der 35-Pfg.-Beitrag eingeführt, so wird der Erfolg sicher nicht ausbleiben und in kürzerer Zeit werden auch die Löhne dieser Arbeiter mittels der Organisation zum Steigen gebracht werden. Dadurch werden aber dieselben den Nutzen der Organisation deutlicher erkennen und sich nicht scheuen, später 5 oder 10 Pfg. mehr Beitrag zu bezahlen. Es ist ja sehr nett, wenn einige Kollegen nicht zugeben wollen, daß der Beitrag für die Hilfsarbeiter niedriger gestellt werden soll. Demgegenüber sage ich, daß wir unsre Organisation unserm Berufe entsprechend einrichten müssen. Mit hohen Beiträgen prunken, dabei keine Mitgliedervermehrung vornehmen zu können, ist wohl taktisch nicht richtig. Gewiß steht im Statut und im Leitfaden, die Hilfsarbeiter sind aufzunehmen, das nimmt sich sehr schön aus. Aber die rauhe Wirklichkeit kehrt sich um solche papierene Anweisungen nichts, wenn nicht unter der Rubrik „Beitragsleistung" für die Hilfsarbeiter ein dementsprechender Beitrag festgesetzt ist. Sehr richtig und stichhaltig war der Einwand eines Kollegen, der schrieb, daß auch wir nicht gleich mit 55 Pfg. Beitrag unsre Organisation gegründet haben. Und warum sollen wir daher den Teil unsrer Berufskollegen, die durch den kapitalistischen Produktionsprozeß zu Hilfsarbeitern bestimmt sind und dementsprechend so miserabel entlohnt werden, dazu verurteilen, sofort einen hohen Beitrag zu zahlen? Das wäre prinzipiell und auch taktisch nicht richtig gehandelt. Erleichtern wir also den Hilfsarbeitern den Eintritt in unsre Reihen so viel wir können, und so wird auch unsre Organisation auf eine breitere Grundlage kommen, die vorhanden sein muß, weitere Unterstützungseinrichtungen, z. B. die Arbeitslosenunterstützung einzuführen. Dieselbe wird nun jetzt in Verbindung der Hilfsarbeiterfrage mit allem Nachdruck von den bekannten Befürwortern gefordert und sollen auch ihre Gründe anerkannt sein, aber ob jetzt der Zeitpunkt wirklich gekommen ist, steht noch sehr im Zweifel. Ich würde vorschlagen, dieselbe noch zwei Jahre zurückzustellen, also bis zu der Zeit, wo der Verband auch wirklich auf einer breiteren Grundlage basiert. Im übrigen dürfte die Diskussion über diese Frage so lange unersprießlich sein, bevor nicht vom Zentralvorstand das gesammelte Material veröffentlicht worden ist. Bei der Einführung dieser Unterstützung müßte aber auch die Schaffung des Arbeitsnachweises erfolgen.

Häslicht. G. Mosig.

Zu den schwebenden Verbandsfragen.

Wenn ich auch im Auslande weile, so finde ich mich doch veranlaßt, zu den schwebenden Verbandsfragen einige Aeußerungen zu machen. Wenn man in letzter Zeit dem „Steinarbeiter" große Aufmerksamkeit gewidmet hat, so wird man sich sagen müssen, daß dem nächsten Verbandstag wieder eine große Arbeit bevorsteht. Die zwei wichtigsten Punkte werden sein: Hilfsarbeiterorganisation und Arbeitslosenunterstützung. Verschiedene Kollegen haben sich damit schon eingehend befaßt. Aber sie sind geteilter Meinung. Die einen glauben, wenn eine niedrige Beitragsklasse eingeführt wird, dann strömt alles (!!) dem Verbande zu. Im Moment können wir vielleicht eine große Anzahl von Mitgliedern gewinnen. Diese sterben aber ab, sobald es ans Kämpfen geht, da ja mit kleinen Beiträgen keine großen Unterstützungen ausbezahlt werden können. Lesen wir die Jahresberichte durch, so finden wir, daß immer dort die meisten Zahlstellen verloren gingen, wo der niedrigste Beitrag bezahlt wurde. Der Mitgliederzuwachs hängt eben von der Konjunktur und der steten Aufklärungsarbeit ab. Wenn der niedrigste Beitrag bestehen bleibt, und noch drei höhere Beitragsklassen eingeführt werden, so bin ich der Meinung, daß trotzdem Hilfsarbeiter gewonnen werden können, allerdings wenn in der Agitation alles geschieht. Es werden sich dann auch die Unternehmer etwas mehr nach dem Stande der Dinge zu richten haben. Denn je höher der Fonds, je mehr Kraft haben wir. Selbstverständlich muß dann auch die Beitragszahlung so geregelt werden, daß der Wochenverdienst bis zu einer gewissen Höhe maßgebend ist. Die Höhe des Jahresverdienstes kann nicht maßgebend sein. Auch muß darauf streng geachtet werden, daß die Beiträge dort bezahlt werden, wo die Kollegen arbeiten, denn sonst ist eine Kontrolle unmöglich.

Nun zur Arbeitslosenunterstützung. Daß diese Frage nicht aus den Versammlungen verschwinden wird, versteht sich von selbst. Aber daß wir diese Materie als Agitationsstoff offerieren wollen, verstehe ich nicht. Daß die meisten Steinarbeiter nicht in den Städten arbeiten, darüber sind wir wohl einig. Und daß auf dem Lande die Arbeitslosigkeit auch überhand nimmt, bedarf auch keiner besonderen Erwähnung. Nur ist der Unterschied der, daß auf dem Lande immer noch eher durchzukommen ist, als wie in der Stadt. Hierin wird die Diskussion eröffnet werden müssen, wo die Hilfsarbeiter zu suchen sind und ob die Arbeitslosenunterstützung angebracht ist. Ein Gauleiter vom Maurerverband sagte mir, daß nur da eine Arbeitslosenunterstützung angebracht ist, wo nicht viel Arbeitslosigkeit herrscht. Der Meinung bin ich auch. Wir können aber erst dann die Arbeitslosenunterstützung einführen, wenn unser Fonds stärker ist. Um dieses zu erreichen, heißt es: agitiert ungeschwächt für den Verband. Und da muß eben dann die Gemaßregeltenunterstützung besser ausgebaut werden.

Schmerikon (Schweiz), den 26. Dezember 1909.

Adam Mantel.

Eine Gefährdung des Friedens im Baugewerbe.

Die Frage, ob Krieg oder Frieden zwischen den Unternehmer- und Arbeiterverbänden im Baugewerbe herrschen wird, ist von allergrößter Bedeutung für das gesamte Wirtschaftsleben. Die Arbeiter haben bei dem letzten Vertragsabschluß im Jahre 1908 alles getan, um folgenschwere Konflikte zu vermeiden. Trotzdem in diesen Verträgen für die Dauer von 2 Jahren teils gar keine oder doch nur sehr kleine Lohnerhöhungen festgesetzt waren, haben die Arbeiterverbände den Verträgen zugestimmt, auch sind die Verträge musterhaft gehalten worden. Bedauerlicherweise haben im Gegensatz dazu ganze Bezirksverbände der Arbeitgeberseite die Verträge nicht anerkannt und dem Arbeitgeberbund für das Baugewerbe fehlte jegliches Mittel, die Anerkennung durchzusetzen. Aber auch dort, wo die Arbeitgeberverbände den Vertrag angenommen hatten, gaben zahlreiche Mitglieder derselben ihrer Unzufriedenheit drastischen Ausdruck.

Für große Gebiete, wie Rheinland-Westfalen, ebenso Hessen-Nassau ist 1908 im engsten Kreise verhandelt worden, ohne daß die eigentlichen Kontrahenten über ihre ureigensten Interessen gehört wurden. Dabei blieben die örtlichen Verschiedenheiten mehr oder weniger unberücksichtigt, und die Vertragskontrahenten an den einzelnen Orten hatten vielfach das Gefühl, daß ihnen eine Vereinbarung aufgezwungen werden soll. Ein solches Empfinden kann naturgemäß eine Befriedigung nicht aufkommen lassen, es erzeugt Gleichgültigkeit und öffnet dem Vertragsbruch Tür und Tor. Aus diesen Erwägungen heraus müßten alle Bestimmungen örtlicher Natur am Orte selbst zwischen den beteiligten Organisationen geregelt werden.

Es muß nun im höchsten Grade befremden, daß, obwohl auch der Arbeitgeberbund auf diesem Standpunkte steht, der Mitteldeutsche Arbeitgeberverband für das Baugewerbe und der Rheinisch-Westfälische Arbeitgeberverband sich auf einen strikte ablehnenden Standpunkt stellen. Im Gebiet des ersteren, das die Provinz Hessen-Nassau, das Großherzogtum Hessen, das Fürstentum Waldeck, und Teile von Bayern, von Baden und der Rheinprovinz umfaßt, sollen für zirka 150 Städte und Orte diese örtlichen Verhältnisse durch eine neungliedrige Kommission an einer Zentralstelle geregelt werden. Ebenso ist die Situation in Rheinland-Westfalen. Dadurch wird eine Einigung erschwert, wenn nicht gänzlich unmöglich gemacht. Für die Notwendigkeit einer solchen Verhandlungsweise läßt sich kein stichhaltiger Grund anführen. Es ist nicht einzusehen, warum den örtlichen Arbeitgeberverbänden direkt verboten worden ist, mit den Arbeitern am Orte zu verhandeln. Diese Maßregel erscheint um so unverständlicher, da doch gerade seitens der Arbeitgeber die Absicht, eine Einigung zu erzielen, recht stark betont worden ist. Tatsächlich muß ein solches Verhalten dazu führen, die Schwierigkeiten, die einer Einigung im Wege stehen, zu vergrößern und damit den Frieden im Baugewerbe auf das ernstlichste zu gefährden.

Ein allgemeiner Streik im Baugewerbe würde sicher zahlreiche kleine Existenzen ruinieren und nur den größeren Betrieben Vorteile bringen, die dadurch manchen unliebsamen Konkurrenten los würden. Ob diese Folge gerade sehr wünschenswert erscheint, soll an dieser Stelle nicht untersucht werden; darüber mögen sich die im Baugewerbe noch vorhandenen zahlreichen kleinen Gewerbetreibenden mit ihren „Freunden", den großen Bauunternehmern, auseinandersetzen. Daß aber einen Teil der Kosten für einen großen Kampf auch die Arbeiter tragen sollen, wird billigerweise niemand verlangen können. Die Arbeitgeberverbände werden nicht umhin können, der Oeffentlichkeit die Gründe für ihr sonderbares Verhalten darzulegen. Vorläufig sind sowohl in Mitteldeutschland, wie auch in Rheinland-Westfalen die Einigungsverhandlungen an dieser Klippe gescheitert.

Submissionen.

Folgende Submissionsausschreibungen kommen in der Steinindustrie für die nächste Zeit in Betracht:

Magistrat in Erfurt. Steinmetzarbeiten einschließlich Material für die städtischen Krankenhauserweiterungsarbeiten, Patientenhaus und Verwaltungsgebäude.

Hochbauamt in Frankfurt a. M. Basaltarbeiten in zwei Losen für den Bau der Werfthalle C (Zollhofneubauten). Verdingungsunterlagen daselbst vom Rechnungsbureau, Rathaus, Südbau, Bethmannstraße 3, gegen die Abschriftskosten.

Kreisausschuß in Strehlen in Schles. 333,5 Kubikmeter Basaltsteine zur Unterhaltung der Provinzialchaussee. Bedingungen daselbst.

Bauinspektor Bösser in Jever. Lieferung von Deck- und Füllsand für die Staatschausseen für 1910, 1911 und 1912. Angebotsformulare vom Wegemeister Ahlers in Jever unentgeltlich.

Königliche Eisenbahnbetriebsinspektion II in Dessau. Lieferung 1. 820 Tonnen Reihenpflastersteine und 380 Meter Bordsteine für Pflasterung der Freiladestrecke auf Bahnhof Uebigau frei Bahnwagen einer Station der preußisch-hessischen Staatseisenbahn. Verdingungsunterlagen daselbst gegen 20 Pfg. bar und postfrei.

Kreisbaumeister Rochs in Ohlau. Granitsteine für Kreis Ohlau: 762 Kubikmeter Packsteine, 3690 Quadratmeter nachgeputzte Wildpflastersteine, 4190 Meter rohgespaltene Hochboldsteine und 700 Stück Kantenschutzsteine. Lieferungsbedingungen daselbst gegen 1.55 Mk.

Stadtmagistrat in Nürnberg. 1 180 000 Stück Pflastersteine und 9450 Meter Randsteine aus bestem Granit, je zur Hälfte bis 1. Mai und 1. September 1910. Teillieferung nicht unter 50 000 Stück Pflastersteine oder 1000 Meter Randsteine. Vergebungsunterlagen von der städtischen Baumagazinverwaltung Marientorzwinger 2 gegen Kostenersatz.

Kreiskommunalverwaltung in Cöthen, Anhalt. 9011 Quadratmeter Reihensteine zweiter Sorte zur Neupflasterung der Gröbzig-Bernburger Kreisstraße zwischen Gröbzig und der Gerlebogker Gemeindefahrstraße. Bedingungen daselbst zur Einsicht.

Königliche Eisenbahndirektion in Danzig. 744 Stück Treppenstufen, 38,8 Kubikmeter Unterlags- und Auflagersteine, 1299 Quadratmeter Abdeckplatten, letztere in zwei Losen, aus harten, wetterbeständigen Werksteinen — nicht Kunststeinen — für die Eisenbahnhauptwerkstätte bei Danzig. Bedingungen daselbst vom Rechnungsbureau gegen 50 Pfg. portofrei.

Tiefbauamt in Gelsenkirchen. Los 1. Bordsteine aus Basaltlava, Los 2. Pflastersteine 1. und 2. Sorte, Klein- und Mosaikpflastersteine, Los 3. Kleinschlag aus Basalt, Sandstein und Hochofenschlacke. Los 4. Sand und Kies, für 1910. Verdingungshefte daselbst gegen je 50 Pfg.

Königliche Berginspektion VIII in Neunkirchen, Bezirk Trier. 640 Kubikmeter Sandsteinpflastersteine und 2378 Kubikmeter gesiebten Mauersand für das königl. Steinkohlenbergwerk König in der Zeit vom 1. April 1910 bis Ende März 1911. Bedingungen daselbst gegen 50 Pfg.

Königliche Berginspektion VII in Heinitz, Regierungsbezirk Trier. Bruchsteine und Mauersand für 1910. Bedingungen daselbst von der Materialienverwaltung gegen 50 Pfg. Nachnahme.

Königliches Eisenbahnbaubureau in Thum in Sachsen. Los 3. 11 000 Kubikmeter Steinlieferung (Packlager, Klarschlag, Feinschlag usw.) für die schmalspurige Bahnlinie Thum-Meinersdorf und den Umbau des Bahnhofes Meinersdorf. Angebotlisten daselbst gegen 50 Pfg.

Baubureau des Seminarneubaues in Wipperfürth. Steinmetzarbeiten, 20 Kubikmeter grauer oder gelblicher Sandstein — nicht roter, weißer oder dunkelgelber Sandstein — zum Seminarneubau in Wipperfürth. Bedingungen daselbst, Mühlenstraße 1 gegen 1.50 Mk.

Oberförsterei Reinhausen, Provinz Hannover. Lieferung und Anfuhr von 42 Kubikmeter Sandsteinbrocken und 21 Kubikmeter guten Kalksteinen nach dem Wege, welcher von der Kapelle nach dem Wannfriederhau führt. Nähere Auskunft durch den Förster in Wittmarshof.

Literarisches.

Dr. Vogel, Taschenbuch der Photographie. Verlag von Gustav Schmidt-Berlin. — Es bereitet eine ganz andre Freude, mit der Kamera zu operieren, wenn man die Grundregeln beherrscht, die einzelnen Vorgänge im photographischen Prozeß verstehen gelernt hat, als sich dem blinden Zufall anvertrauen. Und deshalb sei jedem Anfänger dringend geraten, sich für den geringen Preis von 2,50 Mk. das erschienene Taschenbuch, den bewährten Leitfaden für Anfänger und Fortgeschrittene, zu kaufen und an seiner Hand die photographische Kunst zu erlernen. 145 Abbildungen im Text, 23 instruktive Tafeln und 21 Bildervorlagen unterstützen die Lehren des Buches.

Deutsche Konkurrenzen. Herausgegeben von Professor Neumeister-Karlsruhe. Verlag von Seemann u. Co., Leipzig. Das Heft 4 enthält acht mustergültige Entwürfe für den Neubau einer katholischen Kirche in Neunkirchen. Der Architekt Hermann Neuhaus-Köln hat wohl den zweckentsprechendsten Entwurf geliefert. Der Kirchenbau soll rund 400 000 Mark kosten. Steinmetzarbeiten von Belang haben die Architekten geflissentlich vermieden.

Feststellungen von Lehrlingsverhältnissen in Hamburg-Altona 1908. Verlag des Hamburger Gewerkschaftskartells. Die Schrift ist sehr lesenswert. —

320 Haushaltungsrechnungen von Metallarbeitern. Druck und Verlag von Alexander Schlicke, Stuttgart. Der Metallarbeiterverband hat wiederum eine sehr wichtige Broschüre zusammengestellt. Die Ausgabe der Fragebogen war beschränkt, es wurden nur 400 Bogen an die Kollegen gegeben. Und es ist erfreulich, daß davon 320 = 80 Prozent literarisch zu verwenden waren. Die Erhebungen wurden hauptsächlich deshalb angestellt, um prüfen zu können, ob Staffelbeiträge im Metallarbeiterverband nötig sind. Wir können ohne Uebertreibung sagen, daß uns noch keine Schrift in die Hände gekommen ist, welche für den Sozialpolitiker eine solche Ausbeute zuließe, als wie die genannten Haushaltungsrechnungen.

---

rend der Giallo, auch Jaune genannt, völlig gelb ist. Der Afrikano mit weißen und roten Flecken auf schwarzem Grunde kommt von der Insel Chios. Man sieht, daß der Name des Marmors mit seinem Ursprungsort nicht das geringste gemein hat. Ein Marmor afrikanischer Herkunft ist jedoch der schwarzpunktierte dunkelrote Rosso antiko, seine Brüche liegen am Nil in Aegypten. Große Marmorgebiete befinden sich auch in Deutsch-Südwestafrika. Das dort gewonnene Material gestattet eine Auswahl in allen Farben. Auch Amerika verfügt über ausgiebige Marmorbrüche. Der Wert des jährlich gewonnenen Marmors beträgt etwa 40 Millionen Mark, wovon die Hälfte allein auf Italien entfällt.

Einen großen Raum nehmen die sogenannten Breccien unter den Marmorarten ein. Sie sind durch Verkittung von Gesteinstrümmern (Bruchstücken) entstanden, welche durch Erderuptionen hervorgerufen sind. Sind die Bruchteilchen sehr klein, bezeichnet man den Marmor Brokatmarmor (Broccatello). Der bekannteste ist der spanische Tortosa mit grüner oder roter Grundmasse, gelben Körnern und weißen Adern. Zusammengesetzte Marmore sind der Verde antiko, der Verde di Prato, beides weiße Marmore mit Adern und Stücken von grünem Serpentin. Ferner die Levantemarmore, Rosso di Levante, Rouge de Génes mit grünen und roten Zeichnungen, der gelbrot gefleckte und von dunklen Adern durchzogene Rosso di Verona und der Cipollino, ein grauer, gelblicher oder grünlicher Marmor mit schieferiger Struktur. — Nachdem wir die Entstehungsgeschichte der Breccien kennen gelernt haben, wird es uns auch erklärlich, weshalb selbst unsere besten Marmorarbeiter nicht ohne Schellack fertig werden können. Die von der Natur vorgenommene Zusammenkittung der durch die verursachten Trümmer ist eine unvollständige gewesen. Leute, welche die Entstehungsgeschichte der Gesteine nicht kennen, werden das „Malheur" gar zu leicht der Ungeschicklichkeit des betreffenden Arbeiters zurechnen, und nicht selten gehören zu diesen Leuten Unternehmer und deren Sachwalter. Nur schwer läßt sich die Natur in den kapitalistischen Rahmen pressen, dennoch bietet die Steinindustrie ein günstiges Feld für den Kapitalismus, wie der Aufschwung desselben innerhalb des letzten Jahrzehnts beweist. Gegen den Sandstein machte sich mit dem Modernwerden des Muschelkalks eine zunehmende Abneigung geltend, welche jedoch nicht auf seine Eigenschaften, sondern vielmehr auf wirtschaftliche Umwälzungen zurückzuführen ist, weshalb auch die Hoffnung besteht, daß auch dieser wieder zu Ehren kommen wird. — Unveränderlich ist kein Gestein. Auch der Muschelkalk „schlägt aus"; die metallischen und mineralischen Bestandteile oxidieren, wo sie mit der Luft in Berührung kommen und verleihen dem Aeußern mit der Zeit ein schmutziges Aussehen. Die Veränderungsvorgänge sind verschieden. Sie richten sich nach den chemischen Eigenschaften der Gesteine.

Die Verwendung von Marmor geschieht nicht selten auch vom Standpunkt der Hygienie. Seine leichte Reinigung und lange Reinhaltung im polierten Zustande macht ihn für sanitäre Zwecke besonders geeignet. Wir sehen ihn in Wasch- und Baderäumen, in Bedürfnisanstalten, als Schaufensterauslagen und auf Ladentischen, als Wandbekleidung und Tischplatte in Restaurationen, kurz überall dort, wo anderes Material, Holz, Tapeten usw. sehr bald durch Abnützung leiden und erneuert werden müßte. In Hotels, Restaurationen, auch in Privaträumen usw. ist es natürlich hauptsächlich auf die festliche Wirkung abgesehen, die durch die Spiegelung der polierten Flächen hervorgerufen wird. Zur Prachtentfaltung verwendet man Marmor auch zu Kaminen, bisweilen auch Onyx. Letzteren allerdings recht unangebrachterweise, da er nicht feuerfest ist, was jedoch insofern nebensächlich ist, als unsere modernen Kamine fast ausschließlich der Dekoration dienen und mit dem Feuer gar nicht mehr in Berührung kommen. Häufig sind unsere Kamine nur noch Umbauten von Heißluft- oder Dampfheizungskörpern. — Um den Marmorwandbekleidungen Abwechslung zu verleihen, gliedert man dieselben in Sockel, Täfelungen, Füllungen usw., auch eingelegte Arbeiten sind keine Seltenheiten.

Die Marmormosaikarbeiten des Altertums sind noch heute vorbildlich. Zu besonderer Berühmtheit gelangten die alten Bauwerke Indiens und Persiens. Nach einem Römer namens Kosmas, berühmt durch seine Fertigkeit in Einlegearbeiten, bezeichnete man diese hinfort im allgemeinen als Kosmatenarbeit. Sie bestand darin, die Füllungen zur Aufnahme der Einlagen herauszuarbeiten und die Einlegung vorzunehmen.

Eine andere Art der Herstellung wandte man in Florenz an, daher die Bezeichnung „Florentinischer Mosaik". Man arbeitete keine Füllungen heraus, sondern legte die einzelnen Stücke (Form und Bild) nebeneinander. Die dritte Art, pompejanische Mosaik genannt, wird aus lauter kleinen Stückchen zusammengesetzt. Zur modernen Mosaik verwendet man auch Glas, Gold und Silber. Erwähnt sei noch der Terrazzo, ein Gemisch von kleinen Steinabfällen, verbunden mit Zement oder anderen Bindemitteln, welches nach seiner Erhärtung durch Schleifen geglättet wird, worauf die einzelnen Steinteilchen in ihren verschiedenen Farben ein lebhaftes Durcheinander darstellen.

Schillerworte.

Allmächtig ist das Gold, auch Mohren kann es bleichen.
(Fiesko.)

*

Der Menschheit Würde ist in eure Hand gegeben.
Bewahret sie! (Die Künstler.)

*

Der Mensch ist frei geschaffen, ist frei,
Und würd' er in Ketten geboren.
(Worte des Glaubens.)

*

Die Weltgeschichte ist das Weltgericht. (Resignation.)

*

Der kluge Mann baut vor. (Tell.)